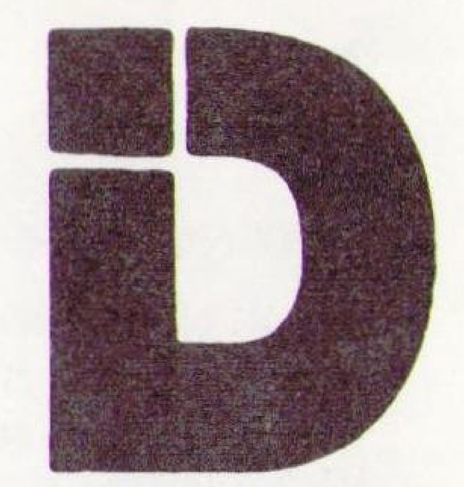
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 308 16. November 1979 2,50 DM incl. 6,5 % Mwst. D 1870 CX

Häuserbesetzung in Frankfurt, 13. November

Seite 19/20 weitergeben an Türken, Spanier, Griechen, Jugoslawen ....

Autorenverlag gegründet

Am 4. November 1979 hat eine Gruppe von Autoren in Berlin die AVB Autorenverlag Berlin GmbH gegründet. Geschäftsführerin ist Ursula Bothe (zuvor Verlag der Autoren Frankfurt am Main). Die Autoren des neuen Verlages verfügen nicht nur über die Mehrheit des Stammkapitals, sondern bestimmen auch das Verlagsprogramm. Zu den Gründungsmitgliedern gehören:

Peter O. Chotjewitz, Thomas Eisenhardt, Volker Erhardt, Helma Fehrmann („Rote Grütze Berlin"), Jürgen Flügge, Dario Fo (vertreten durch Peter O. Chotjewitz), Holger Franke (Rote Grütze, Berlin), Erich Fried, Uwe Friesel, Renate Häfner, Peter Heusch, Roy Kift, Beate Klöckner, Carsten Krüger, Ann Ladiges, Volker Ludwig (Grips Theater, Berlin), Detlef Michel (Grips Theater, Berlin) Hans Günter Michelsen, Wolfram Moser (Theaterwehr Brandheide), Vasif Öngören, Douglas Welbat, Peter-Paul Zahl.

Der Autorenverlag Berlin ist ein Theaterverlag, der auch die Funk-, Film- und Fernsehrechte seiner Mitglieder wahrnimmt.

Die Anschrift: Autorenverlag Berlin, Kantstraße 125, 1000 Berlin 12, Telefon 030 / 312 16 50.

Broschüre über Gewässerzerstörung

„Biotop-Zerstörung durch wasserbauliche Maßnahmen", so heißt eine 28seitige Broschüre, die die Arbeitsgruppe Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) soeben publiziert hat. Die Broschüre zeigt auf, wie Kanalisierung, Begradigung und Regulierungsmaßnahmen am biologischen Tod vieler Bäche und Flüsse mitverantwortlich sind. In einer Gegenüberstellung wird sodann gezeigt, wie durch einen naturnahen Gewässerausbau die Schäden an der Gewässerökologie in Grenzen gehalten werden können.

Die Broschüre enthält zwölf kopierfähige Schaubilder, Diagramme und Graphiken, die z.B. manchem Lehrer für die Visualisierung des Geographie- oder Biologieunterrichtes eine Hilfe sein können.

Die Broschüre im DIN A 4 Format kann durch Voreinsendung von DM 3,- in Form von Briefmarken oder durch Voreinzahlung auf das Postscheckkonto 41952-757, Postscheckamt Karlsruhe, bestellt werden. Bestellungen sind zu richten an die Arbeitsgruppe Wasser, Holzstr. 1, 6509 Oberflörsheim (Rheinhessen).

Als nächstes Projekt plant die Arbeitsgruppe Wasser die Veröffentlichung einer Untersuchung über die ökologisch nachteiligen Folgen des Streusalzeinsatzes. In verschiedenen Städten gibt es bereits eine „AKTION TAUSALZSTOPP", die dem überzogenen Streusalzeinsatz, an dem u.a. jährlich mindestens 20 000 Bäume eingehen, den Kampf angesagt hat. Wer hierzu noch Ideen, Tips, Informationen und Materialien hat, ist herzlich zur Mitarbeit eingeladen!

Paderborner „Stattblatt"

Seit Mai 79 gibt es das Paderborner „Stattblatt". Nach den ersten bestandenen Schwierigkeiten ist etwas mehr Luft da. Die Blattmacher wollen jetzt mit anderen Zeitungen in Kontakt treten zwecks Erfahrungs- und Gedankenaustausch. Außerdem wollen die Paderborner Austausch-Abos.

Kontakt: „Stattblatt", c/o Volker Klein-Avink, Stephanusstr. 44, 4790 Paderborn, Tel. 05251 / 73294.

Emden-Bürgerinitiativen machen Zeitung

Im Emder Stadtteil Barenburg haben sich verschiedene Bürgerinitiativen zusammengeschlossen. Sie wollen u.a. eine Zeitung machen. Da sie damit aber noch gar keine Erfahrung haben, bitten sie die Alternativzeitungen, ihnen Exemplare von Zeitungen, Kontaktadressen und Erfahrungen zuzuschicken.

Kontakt: Initiativen im Stadtteil Barenburg, c/o Gemeinwesenarbeit, Klein-von-Diepold-Str. 15b, 2970 Emden.

Überseestipendien

Als einziges deutsches Undergraduate-Stipendium d.h. für Studenten vor Abschluß des Studiums zugänglich – bietet die Kübel-Stiftung innerhalb ihres ASA-Programmes Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika an, die in 3–6 Monatigen Aufenthalten von Studenten verschiedenster Studienrichtungen untersucht werden können.

Der Projektkatalog ist erhältlich bei der *Kübel-Stiftung, Darmstädter Str. 100, 6140 Bensheim (Tel. 06251/71001).*

Die Bewerbung für 1980 bis 23. November 79 absenden (Ausschlußfrist)!!!!!

Petitionsbriefe für Leonard Peltier

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (c/o Mechthild Mailandt, Köschenberg 10, 5090 Leverkusen-Opladen) schreibt uns:

Wie ihr wißt, ist Leonard Peltier (ID 298) im Juli 79 aus dem Gefängnis Lompoc Cal. mit noch zwei anderen indianischen Mitgefangenen ausgebrochen und nach drei Tagen wieder geschnappt worden. Einer der drei wurde getötet, der andere sofort gefangen. Leonard wurde von einam Farmer in seinem Melonenfeld gesichtet und der Polizei ausgeliefert. Er wurde wieder nach Marion Ill. verbracht. Am 14. November wird er in Los Angeles wegen des Ausbruchs erneut vor Gericht gestellt.

Das Leonard Peltier Defense Committee bittet uns deshalb noch einmal um ideologische und finanzielle Hilfe. Diese Bitte möchten wir an Euch weiterreichen. Petitionsbriefe und Spenden richtet bitte an die Adresse:

Leonard Peltier Denfense Committee, c/o Steve Robideau, PO-Box 1, Port Angeles Wash. 98362 USA.

Stuttgart DJD zum Fantasia-prozeß

Die deutschen Jungdemokraten Baden-Württembergs (DJD) beobachten regelmäßig den Prozeß gegen die Fantasia-Drucker und schreiben dazu u.a. in einer Presseerklärung:

„... Unangenehm aufgefallen sei die autoritäre Art der Verhandlungsführung durch Richterin Schlüter, die mehrmals durch die Nicht-Entgegennahme von Anträgen der Verteidigung und das Abschalten ihrer Mikrofone gekennzeichnet war. Erfreulich sei hingegen die Freilassung von Doris Braune und Dorit Brücher nach 16-monatiger Untersuchungshaft. Als völlig unverständlich jedoch bezeichneten die Jungdemokraten die weitere Inhaftierung von Birgid Rauth. Da sie aufgrund desselben Tatverdachts angeklagt ist, widerspreche dies in eklatanter Weise dem Gleichheitsgrundsatz.

Die Prozeßbeobachterin mußte feststellen, daß in den bisherigen Verhandlungen weder die schwammig formulierte Anklageschrift präzisiert, noch die vorhandenen Ungereimtheiten beseitigt wurden. Besonders auffällig sei in diesem Zusammenhang eine Aussage des Bundesanwalts Lampe. Bei seiner Vernehmung als Zeuge bezeichnete er einen bisher als „Kassiber" deklarierten Brief als nicht beweisrelevant, da er nur private Mitteilungen enthalte. Die Jungdemokraten sind bestürzt darüber, daß dieser Brief 16 Monate lang als Grund für die Inhaftierung von Doris Braune, Dorit Brücher und Birgid Rauth herangezogen wurde und nun beiläufig seine Beweisuntauglichkeit festgestellt wird.

Die Jungdemokraten wollen auch weiterhin den Prozeß aufmerksam beobachten und hoffen, daß neben der Freilassung von Doris Braune und Dorit Brücher noch weitere Schritte zur Entkrampfung des Prozesses folgen, wozu auch die Freilassung von Birgid Rauth gehöre."

Highdelberg „Jessica" ist wieder da

Seit dem 11.11. sendet der Heidelberger Piratensender Radio Jessica wieder: 14tägig, um 21 Uhr, auf UKW 102 MHZ.

Frankfurt Frauen in Uniform ?

Die Frauengruppe „Frauen zum Bund – Nein danke!" wird am 20. November 1979 in Frankfurt im Casa die Cultura eine Diskussionsrunde zum Thema „Frauen ins Militär? " veranstalten. Zeit: 19.30 Uhr.

Kontaktadresse: Brigitte 0611 / 556496.

POLIZEI - MEIN PARTNER

Unter diesem Motto betreibt die Gewerkschaft der Polizei derzeit bei der Bevölkerung Sympathiewerbung für die Polizei. Durch die 55 GdP-Kreisgruppen im Lande Baden-Württemberg, in denen rund 17.000 Polizeiangehörige organisiert sind, werden derzeit 100.000 der anliegenden Aufkleber an die Kraftfahrer unseres Landes verteilt.



GdP-Landesvorsitzender Dietrich Siemann, Stuttgart, erklärte dazu, daß eine erfolgreiche Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbekämpfung sowie das dazugehörende vorbeugende Wirken nur partnerschaftlich erfolgen könne. Nur mit Unterstützung der Bevölkerung, so Siemann, könne die Polizei wirkungsvoll für die Bevölkerung arbeiten.

Der kleine Aufkleber soll Polizei und Bürger immer an diese notwendige Partnerschaft erinnern.

HAMBURG - FLASCHEN FÜR DIE ELEKTRIZITÄTSWERKE

Hamburger Stromzahlungsboykotteure versperrten am Sonnabend, d. 10. November die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) mit Einwegflaschen. Die HEW hatte eigenmächtig mehreren Boykotteuren den Strom abgesperrt. Die 'Müllaktion' soll solange fortgesetzt werden, bis die Stromsperrung zurückgenommen wird. Für jede neue Stromsperrung sollen zwei neue HEW-Kunden mit dem Boykott beginnen .

Kontakt: Initiative Stromzahlungsboykott, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/390 05 56

BROSCHÜRE "HEXACHLOROPHEN ODER SEVESOGIFT IN DER GESUNDHEITSVERSORGUNG"

Die obengenannte Broschüre ist mittlerweile in der 2. Auflage erschienen. Über die Kampagne gegen Produkte, die diesen Wirkstoff enthalten, und neue Informationen wird im Januar 1980 eine 2. Broschüre erscheinen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in der neuesten Liste „Pharma Index" (auch Gelbe Liste genannt) vom Neu-Isenburger IMP-Verlag, in der die Zusammensetzung von Arzneimitteln nach Angaben der Herstellerfirmen veröffentlicht wird, die Zusammensetzung von "Kodan-Spray" (Desinfektionsmittel) o h n e die Substanz Hexachlorophen angegeben wird. Eine Nachfrage bei der Arzneimittelkommission des Bundesgesundheitsamtes Berlin ergab jedoch, daß "Kodan-Spray" immer noch Hexachlorophen enthält. Die Herstellerfirma, die außerdem noch die hexachlorophenhaltigen Mittel "Primasept" und "Septikal" herstellt, versucht diese Falschinformation als "Druckfehler" darzustellen. Mittlerweile wird das "Kodan-Spray" in ca. 15 - 20 bundesdeutschen Krankenhäusern nicht mehr verwandt.

Zu bestellen ist die Broschüre bei: Jutta Ditfurth, Neuhofstr. 42, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/599270, Stückpreis 1,50 DM Mehrbestellungen billiger, Vorkasse per Scheck, Briefmarken oder Überweisung auf Postscheckkonto Frankfurt 181216-601, BLZ 500 100 60.

PÄDOPHILIE-RUNDBRIEF ANGEHALTEN

Die Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie verschickt regelmäßig einen Rundbrief. Ein Exemplar davon ging an den Gefangenen Schaper in der Hamburger Haftanstalt Suhrenkamp. Dort wurde die Zeitschrift beschlagnahmt, weil - laut Anstaltsleitung - 'die Aushändigung des Rundbriefes das Strafvollzugsziel gefährdet'. Der Rundbrief wurde von der Anstaltsleitung an die Kriminalpolizei weitergegeben. Die Arbeitsgemeinschaft protestiert gegen die Beschlagnahme und bittet um Unterstützung. Protestschreiben können an die JVA Suhrenkamp , Herrn Düsedau, Suhrenkamp 98, 2000 Hamburg 63, gerichtet werden. Außerdem werden Unterschriften gesammelt, die die Arbeitsgemeinschaft dann an den Hamburger Justizsenator weiterleitet. Listen und Informationen bei:
DSAP c/o Bildungswerk der Humanistischen Union, Postfach 320208, 4000 Düsseldorf 30

FEMINISTISCHES FRAUENGESUNDHEITSZENTRUM IN BOCHUM ERÖFFNET

In Bochum, im Köllerholzweg 20 haben 15 Frauen ein feministisches Gesundheitszentrum eröffent. Momentan gibt es eine Beratungsgruppe über Schwangerschaftsabbruch und Verhütung, Selbstuntersuchungs-, Massage- u. Heilkräutergruppe.

NEUE PROZESSTERMINE GEGEN ABENDGYMNASIUM-SCHÜLER

Während der Streiks am Abendgymnasium I und II in Frankfurt (inhaltlich ging es um Aufnahmestopp, Versetzung von Lehrern, Notenkorrektur, Beibehaltung des Nachmittagsunterrichtes, keine Anwesenheitslisten etc.) stellten Theo Wade, kommisarischer Schulleiter und G. Jacobs, stellvertretender Schulleiter, Strafantrag wegen Hausfriedensbruch und Nötigung gegen 4 Schüler.

Prozeßtermin ist am 22.11.1979 um 9.00 Uhr im Amtsgericht Frankfurt, Gebäude A, Raum 202.

Ein weiterer Termin in diesem Zusammenhang ist am **28.11.1979 um 9.00 Uhr,** wo gegen einen Schüler verhandelt werden soll, der anläßlich eines Polizeieinsatzes von mehreren Beamten zusammengeschlagen wurde und nun eine Anzeige wegen Körperverletzung bekommen hat.

HANNOVER - EINEN VORSCHLAG ZU EINEM BILLIGEN FLUGBLATT

hat sich jemand in Hannover einfallen lassen: Geldscheine verziert er mit seiner Meinung 'Atomkraft - nein danke' und dem Autokennzeichen der Stadt, "damit man sieht, wo das Flugblatt überall gewesen ist".





VERGEWALTIGUNG IM KNASTURLAUB

und wie sich eine stellvertretende Anstaltsleiterin dazu verhält

Frankfurt, 12.November

Von gefangenen Frauen im Frankfurter Knast Preungesheim stammt die folgende Schilderung des Falles von Christiane Wooderd:

Christiane Wooderd wurde vor ca. 1 Monat während ihres Knasturlaubes Opfer eines stundenlangen Vergewaltigung durch drei GI's.

Mit ärztlichen Attesten und Hilfe von Freundinnen konnte sie zweimal drei Tage Sonderurlaub bei der stellvertretenden Anstaltsleiterin Müller-Bublick durchsetzen.

Danach sagt sie zu, daß Christianes Schwester, die mit ihr zusammen im Urlaub und Sonderurlaub draußen war, mit ihr in einer Zelle schlafen kann. Ohne Vowarnung und ohne Gespräch nimmt Müller-Bublick ihre vorübergehende Zusage schon nach der ersten Nacht im Knast wieder zurück. Müller-Bublick(nicht Juristin, sondern Psychologin): sie hätte jetzt genug für Christiane getan. Während eines doch noch erzwungenen Gesprächs bohrt sie solange in Christiane rum — verletzende Fragen nach Ängsten, Träumen etc. —bis sie heulend aus dem Raum rennt. Erst dann gibt sie ein paar Nächte Verlängerung.

Christiane muß danach noch zweimal raus, zur Kripo und zum militärischen Zweig des CIA, dem CID, um die Vergewaltiger zu finden. Zwei konnte sie identifizieren.

Durch provokatives Filzen am Wochenende 3./4. November bei Frauen, die wegen Verstoßen gegen das BMT sitzen, nach Einschluß, eskalieren die Bedingungen in dieser Zeit für alle gefangenen Frauen. Gesucht, aber nicht gefunden, wird Dope. Die ganze Situation spitzt sich durch den Terror der Anstaltsleitung und ihrer Lakaien bis zu einer lautstarken Bambule zu. Wir veranstalten ein ohrenbetäubendes Klopfkonzert, schlossen uns zu einem Sitzstreik zusammen. Der Streik hat soviel Zorn und Stärke vermittelt, daß sie niemanden offen dafür bestrafen wollten.

Bei Christiane wurde weder Dope gesucht noch gefunden. Trotzdem wurde auch ihr der Urlaub, Ausgang gestrichen und Besuche nur noch einzeln mit Überwachung.

Müller-Bublick sagt nur lapidar: „Verdacht auf Drogenkonsum". Das ist ihr genug, um diese Maßnahmen gegen sie zu ergreifen.

Kurz nach diesen Maßnahmen soll Christiane noch einmal zu einer Gegenüberstellung gehen, um den dritten Vergewaltiger — der in der Zwischenzeit ausgemacht wurde — zu identifizieren.

Aufgrund der Maßnahmen sollte sie nur in Handfesseln zur Gegenüberstellung gebracht werden. Sie soll dem Typen, der sie vergewaltigt hat, gefesselt gegenübertreten. Christiane lehnt das ab. Danach schafft sie es doch noch durchzusetzen, daß sie ohne Handfesseln rauskommt. Sie muß sich aber von der Kripo abholen und zurückbringen lassen.

Nach dieser Ausführung stellt Christiane einen Urlaubsantrag. Der wird wieder von der Müller-Bublick mit ‚Verdacht auf Drogen' abgelehnt.

Christiane will den Prozeß gegen die Vergewaltiger führen. Dazu braucht sie unbedingt Frauen, die sie auch von draußen unterstützen. Sie ist entschlossen, zum Prozeß vorbereitet und stark hinzugehen, um zu verhindern, daß sie nochmal gefickt und vergewaltigt wird.

Sie muß selbst die Möglichkeit haben, Kontakte nach draussen zu suchen, Unterstützung zu erhalten, Erfahrungen zu sammeln, den Prozeß gezielt voranzutreiben.

Dazu müssen die willkürlichen Sperren sofort aufgehoben werden! Christiane ist weder eine angepaßte noch unterwürfige Gefangene und sie wird es auch durch keine Müller-Bublick werden.

Wir fordern euch auf, Eure Solidarität mit Christiane zu zeigen, indem ihr die Müller-Bublick mit Anrufen bombardiert und die sofortige Zurücknahme der Maßnahmen gegen Christiane Wooderd fordert.

Ihre Telefonnummer im Knast: (Vorwahl) 0611/ (Apparat) 1536 217

Gefangene Frauen aus Preungesheim
Frankfurt, den 12.November 1979

VERFASSUNGSSCHUTZ VERSUCHT WERBUNG IM KNAST

Butzbach, den 30. Oktober 79

Tofe Shaker wurde von einem Beamten des Verfassungsschutzes in der JVA-Butzbach besucht, wobei dieser versuchte, Tofe Informationen zu entlocken und ihn eventuell als Mitarbeiter anzuwerben. Erschreckend bei diesen Praktiken ist, daß anscheinend nicht nur Akten in ungesetzlicher Weise an den Verfassungsschutz weitergegeben wurden, sondern sogar Ablichtungen des Briefwechsels, der von Tofe geführt wurde. Hier Auszüge aus dem Gedächtnisprotokoll:

Donnerstag, 25. 10. 79 - so genau kenne ich den Zeitpunkt nicht, da ich keine Uhr habe. Ich kam gerade vom Sport, der um 13.15 Uhr beendet ist, als der diensthabende Stationsbulle - der Name ist mir unbekannt - in meine Zelle kam und mich aufforderte, zur Zentrale zu gehen, er wüßte nicht genau warum. Darauf begab ich mich zur Zentrale - der diensthabende Zentralbulle war Herr Frohnat -, der den Schlüsselknecht beauftragte, mich zur Innenpforte zu begleiten. Bei der Innenpforte finden normal die Besuche statt, aber für den Monat Oktober erwarte ich keinen Besuch mehr. An der Innenpforte angelangt, war niemand da, also wieder zurück zur Zentrale, ich fragte, was denn nun los sei. Zentralbulle fluchte, telefonierte, was nun los sei - und kurz darauf kam ein anderer Schlüsselbulle , der mich in den 2. Stock brachte, wo ein ca. 35- bis 40jähriger Typ in Zivil, lässig in brauner Cord-Hose und -Jacke gekleidet, wartete. Der Schließer: "Das ist Herr Shaker" und verschwand wieder. In dem Büro waren keinerlei Papiere, Akten oder sonstwas, die Tische und Ablagen total leer, so daß damit klar war, daß das kein Typ von der Anstalt, Geschäftsstelle, oder sonstwas war. Ich dachte an irgend nen Bullen.

Der Bulle-Typ: Ja, guten Tag Herr Shaker, setzen sie sich doch. (Ich blieb an der Tür stehen). Ja ich komme von einer Behörde und wollte mich mal mit ihnen unterhalten, sie werden ja nun bald entlassen und da wollte ich mal kurz reden, wie das mit ihnen wird, draußen, und ob wir da helfen können ....

Ich: (immer noch an der Tür stehend) Mich interessiert erstmal, von was für einer Behörde sie nun kommen. (Im Hinterkopp war mir jetzt irgendwie klar, BKA, BAW oder VS).

Bulle: Ja, ich will ganz offen mit ihnen reden und keine Geheimnisse daraus machen, ich will ihnen, bzw. ich kann das gar nicht, sondern meine Behörde will ihnen helfen, ja und da will ich ganz offen sagen, warum eigentlich nicht, wir sind vom Verfassungsschutz.

Ich: Aha, dachte ich mir.

Bulle: (jetzt ziemlich hastig) Ja, sie können jetzt denken: Schnüffler, Spitzel — ich weiß, wir haben nicht gerade einen guten Ruf, wie sie sicherlich schon mitgekriegt haben, und ich bin ganz sicherlich nicht mit allem einverstanden, was meine Behörden macht, aber ...

Ich: (Dreh mich um, drücke die Türklinke) Ja ich habe da nix mit am Hut ... (im Nachhinein muß ich kritisieren, daß ich nicht gleich raus bin — er kam zur Tür und fing an zu quatschen, ziemlich hastig und wirr, ich neugierig, hörte zu, immer noch die Türklinke in der Hand)

Bulle: Lassen sie mich doch schnell erklären, also sehen sie, wir wollen ihnen ja helfen, wir sind der Meinung, daß sie da in etwas hineingerutscht sind und selbst nicht wissen, wo das endet. W. oder Herrn L. kennen sie doch, hab grade ihre Akten gelesen, der hat sie doch besucht, ja und gerade Herr L., der steckt doch unserer Ansicht nach ziemlich tief in der Sache, würde ich sagen ...

Ich: Hören sie auf, die Adresse von Herrn L. hat doch ihre Behörde sicherlich, also was soll das.

Bulle: Ich will gar nicht über Personen reden. Sehen sie, wir haben nichts gegen Politik, Flugblätter oder so. Hier kann ja jeder seine Meinung frei äußern. Nehmen sie mal die Grünen, die hat man anfangs gar nicht ernst genommen — und plötzlich sind sie da, die muß man ja jetzt ernst nehmen, die haben ein klares Ziel. Oder jetzt die Strauß-Kandidatur. Da ist jetzt so einiges los, das ist klar, dagegen haben wir nichts. Sehen sie, sie schrieben mal in einem Brief, ich kenne ihre Akten, sie wären für die Revolution. Ja, ich bin auch für Veränderungen, oder meinen sie, ich bin mit allem einverstanden, was hier so läuft. Nehmen sie z.B. den § 88a, der mußte durch, es wurden ja schließlich Anweisungen für Bomben gedruckt, aber jetzt, wo er durch ist, wird er angewandt, was mir auch nicht so gefällt. Also Politik kann man immer machen, vernünftig, Flugblätter oder so. Aber nehmen sie die Terroristen — sehen sie, man ist dabei Persönlichkeiten aus allen Bereichen, der Wirtschaft, der Justiz ... ja, also die Justiz, ich kann sie verstehen. Sie waren lang genug eingesperrt und sind sicherlich nicht gut auf die Justiz zu sprechen. Das verstehe ich, ich kenne ihre Akten, ihre Beschwerden, womit sie ja recht haben. Aber Gewalt ist doch keine Lösung. Ich weiß nicht, wie sie dazu stehen. Dellwo, Wisniewski, mit denen sie sich da schreiben, wollen wir sie warnen. Sie sind da vielleicht in etwas hineingerutscht — sehen sie, und dieser Weg ist selbstmörderisch, diese kleinen extremistischen Gruppen, die die Revolution mit der Waffe wollen, die erreichen doch nichts ...

Ich: Also das reicht mir jetzt, ich lasse mich doch nicht auf eine Diskussion ein mit dem VS. Das Verhältnis ist Krieg... (Ich öffnete die Tür, ging in dem flurähnlichen Vorzimmer, durch die Tür zum 2. Stock, die dann zur Zentrale führt, ist verschlossen)

Bulle: Ja, wenn sie gehen wollen, dann muß ich erst anrufen, daß man sie holt.

Ich: Tun sie das. (Er ging Richtung Telefon, schleppte das Telefon zu nem kleinen Tisch, setzte sich auf den Tisch und fing wieder an zu faseln.)

Bulle: Einen Augenblick noch, Herr Shaker — daß unsere Behörde sich an sie wendet, ist keine Willkür. Wir meinen, daß sie sich überhaupt nicht im klaren sind, in was für eine Sache sie da hineinschlittern. Ich kann sie sehr gut verstehen, die ganze Zeit hier in den Zellen ... Ja, und wir wollen ihnen — und das müssen sie aus dem rein menschlichen Gesichtspunkt betrachten — helfen, damit sie sich nicht ins Unglück stürzen und vielleicht können sie was dazu beitragen, daß nicht andere junge Menschen den Weg der Gewalt gehen. Und gerade das Frl. W.....

Ich: Menschenskind, rufen sie jetzt sofort an, ich will auf meine Zelle. Merken sie nicht, daß die Fronten geklärt sind, für was für ein Schwein halten sie mich eigentlich, rufen sie jetzt an ...

Bulle: Überlegen sie es sich. (Dann ruft er endlich an: Ja der Shaker kann geholt werden, wir sind hier fertig.)

Ich:(gehe bis zur Flurtür, warte auf den Schließer, bis ich zur Tür, den Bullen ignorierend, der Typ kommt wieder an und beginnt erneut, seine Versuche, mit mir ins Gespräch zu kommen.)

Bulle: Ich hatte gedacht, daß wir uns einmal über Frl. W. unterhalten könnten, die mögen sie doch, ja, und wir kriegen da immer Informationen über Frl. W. — was ich auch nicht immer für wahr halte, vielleicht können sie mal was dazu sagen, sie entlasten, für sie was tun.

Ich: Mensch, hoffentlich kommt da jetzt gleich ein Schließer, sonst flipp ich noch aus. Sie erwähnen ständig Frl. W., jetzt weiß ich auch , wo die Briefe ableiben, die ich hier schriebe und die sie komischerweise nie kriegt.

Bulle: Wir haben natürlich unsere Mittel und wir wissen wahrscheinlich mehr als sie und es geht nicht nur um Frl. W., sie wollen doch nach Frankfurt nach ihrer Entlassung, sehen sie, und die Leute (?) Frl. J., Frl. .. kennen sie doch ... (man hört endlich nen Schließer Richtung unsere Tür kommen)

HADDU SIEBEN SCHRAUBEN - WILLDU PANZER BAUEN

Prozeß von Brigitte Heinrich

Karlsruhe 12. November — Landgericht Karlsruhe. Neue Runde. Das BKA schickt einen weiteren Sachverständigen in den Ring, diesmal soll's ein Physiker sein. Er zählt auf, was in Brigitte Heinrichs Wohnung an Elektroartikeln gefunden wurden: Verstärkertransistoren, Leistungstransistoren, Kompensatoren, Dioden und ein Zettel mit zwei technischen Formeln. Und dann hebt er an, was man mit diesen Bauteilen alles machen kann, denn es sind "Universalbauteile", wie er sagt. Also wenn man "die Zielrichtung anarchistischer Gewalttäter" nimmt, dann können die Bauteile für 1. " die Zündung von Sprengkörpern", oder 2. für den Bau von "Minispionen" verwendet werden. Gut, Widerstand ist nötig, ähem, "Widerstände sind nötig", Relais z. B. und andere Sachen, "wesentliche Bauteile fehlen", um so ne Zündung zu basteln, und auch für Minispione "fehlen wesentlich Teile". Macht nix, Hauptsache es sind halt "Universalbauteile, mit denen man die unterschiedlichsten Sachen bauen kann". Man kann sie z.B. auch für Funkgeräte, Radios, Plattenspieler, elektrische Haushaltsgeräte usw. verwenden, wie unser Experte auf Fragen des Verteidigers zugibt. Und die Formeln auf dem Zettel sind - wer hätte das gedacht - ein Synonym für "Hochfrequenzleistungstransistoren" (das is'n Wort!). Was man mit solchen Dingern machen kann? " Das fällt in das Gebiet der Spekulation, könnten vielleicht für irgendeinen Verstärker sein". z.b. "Sendeanlage". Ach mir reichts, diese Spekulationen weiter nachzuerzählen, zumal ich davon nichts versteh. Aber der andere Zeuge der Anklage , ein Elektrofreak meinte, dieser "Sachverständige" hätte sich mit dem, was er da erzählt hat, bei einer Gesellenprüfung schwer getan. Gut, das mag aus der Rivalität von "Kennern" geboren und überzogen sein, aber seiner Erklärung dieser Spekulationen: " das ist, wie wenn du sieben Schrauben hast, und es erklärt dir einer, daß du damit einen Panzer bauen willst", liegt wohl nicht so daneben. Ich kann nur kichern: die vier Enzenbergischen apokalyptischen Reiter reiten weiter für Herold's BKA (siehe Prozeßbericht im ID-Nr. 306, S. 24).

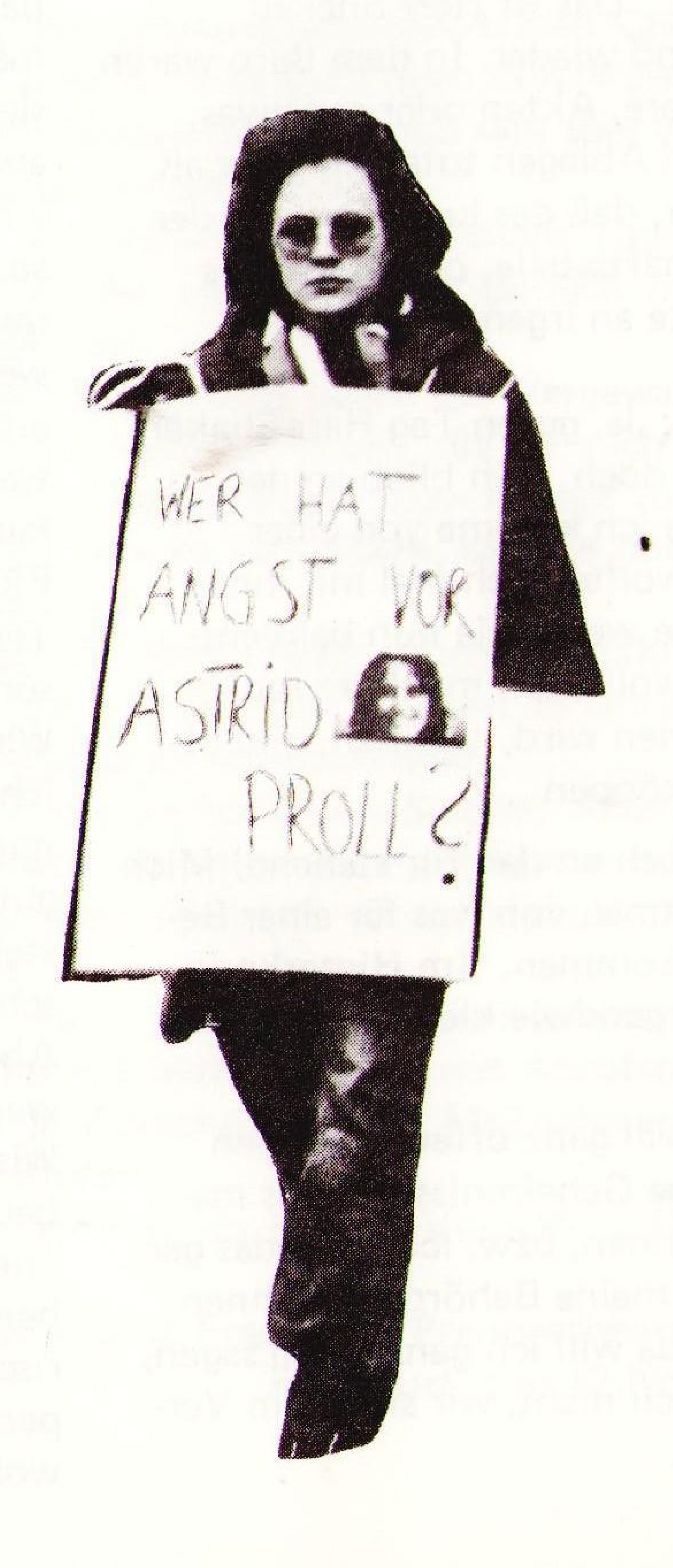
Auf der anderen Seite packt mich dann aber auch die Wut, was diese dürren Gerippe mit dem kurzen Verstand manchmal anrichten. Es ist grotesk: der andere Zeuge der Anklage dieses Tages, anders in jeder Hinsicht, ein Mensch der lebt, der Gefühle hat, nicht so emotionslos B-KALT ist wie diese Beamten, erzählt von seiner Verhaftung, vom Verhör und was man dabei "im Keller aus mir herausgedrückt hat". Er kann sich nicht mehr halten, er schimpft, man merkt richtig, wie sich bei dem Erzählen, die für ihn schrecklichen Situationen wiedereinstellen: Die Durchsuchung der Wohnung bei den Pflegeeltern, wo 20 Polizisten mit MP's die alten Leute aus dem Haus scheuchten. Wie morgens um sechs die gefühllosen Roboter bei seiner im Ruhrgebiet wohnenden Mutter auftauchten, und nachdem diese, dadurch total verschreckt, ein Telegramm zu einer Religionslehrerin und CDU-Mitglied in der Pfalz schikte, das jedoch länger bis in die Pfalz brauchte, als die Antiterroristen, die bei besagter Tante auftauchten und den "Code" für den Text des Telegramms wissen wollten. Terror und lächerlich. Dir bleibt die Spucke weg. Wahnwelt? Und warum das Ganze? Weil bei Brigitte Heinrich ein Zettel mit dem Namen des Zeugen darauf gefunden worden war. Weil er einmal in der Wohnung von Brigitte Heinrich war. Über drei Ecken, er weiß es nicht mehr, war er dort hingekommen. Aber dem Richter ging es nur um die Aussagen, die er nach dem Verhör unterschrieben hat. Unterschrieben, weil er wieder da rauswollte aus dem Keller. Aussagen, zu denen er nicht mehr stehen will. Sie sind unter einem unheimlichen psychischen Druck zustandegekommen: "Waren Sie schon mal eingesperrt, Herr Richter? " schreit er fast. "Ich hatte keine Möglichkeit auf die Gestaltung des Textes einzuwirken. Der hat mir nur zur Unterschrift vorgelegen."
Nun was sollte diese Aussage beweisen? : "Wußten Sie, daß Brigitte Heinrich mit der RAF sympatisierte oder praktizierte? " war damals die Frage des BKA-Beamten und er soll darauf geantwortet haben: "Ich wußte, daß sie Kontakte zu RAF-Sympathisanten hatte. Ich habe an einer Diskussion teilgenommen, bei der einer der Anwesenden die RAF verteidigte."
Heute wollte er das weder dementieren noch bestätigen, "das ist fünf Jahre her und der Druck unter dem ich damals stand,..."

War dies der 'gravierendste' Punkt seiner Aussage , so verschwammen auch die anderen Details der Befragung in ihrer Dürftigkeit für irgendeine Beweisführung. Alle mußten lachen, die Schöffen, die Richter, der Staatsanwalt, die Verteidiger und Zuhörer, als der Zeuge auf die Frage, ob es stimmt, daß er für eine "subversive Vereinigung" geworben werden sollte, antwortete: "Wer mich kennt, würd nie auf den Gedanken kommen, daß ich in der Lage wäre, mit einer subversiven Organisation zu arbeiten." Dieses Lachen war bei allen ein Stück weit eine nicht mehr zu bremsende Gefühlsäußerung, die deutlich machte, daß solche Konstruktionen der Anklage derartig groteske Dimensionen angenommen haben, daß man sie auch beim besten Willen nicht mehr ernst nehmen kann. Dieser lebendige Zeuge wirkte auf alle befreiend. Befreiend von einem Rollenspiel, in dem bis dahin oft bis an die Grenze des Erträglichen immer wieder absurde Überlegungen sehr ernsthaft und scheinbar rational überprüft wurden.

Nun, das absurde Theater wurde ein wenig gestoppt. Die Vernehmung des Zeugen Bodeux ist ausgesetzt. **Am Montag, den 19. 11. 79 soll ab 9.00 Uhr der Zeuge Egloff vernommen werden.** Wir werden sehen, ob sich der Prozeß dann ein bißchen mehr der Realität nähert.

P.S. Liebe Grüße an die stumme Zentralredaktion der TAZ in Berlin

Karl, Frankfurt



Verfassungsschutz hielt entlastende Aussagen zurück

MORDANKLAGE IM PROLL–PROZESS GEPLATZT

F rankfurt
6. November

Am Mittwoch, 5. November, bin ich später als gewöhnlich zum Prozeß gegangen: ich wußte, daß morgens noch irgendwelche Zeugen zu Astrids Verhaftung gehört werden sollten und erst für 11 Uhr die zwei neuen Zeugen zur Westend-Schießerei geladen waren.

Ungewöhnlicher Andrang an der Barriere zum Seiteneingang zum alten Landgericht. Jochen, der auch meistens den Prozeß beobachtet, erklärt mir, daß eine ganze Schulklasse ihren Staatsbürgerkunde-Unterricht oder so ins Gericht verlegt habe.

Schließlich die übliche Prozedur: alle Taschen ausräumen (mache ich schon im Gehen) an dem MP-Bullen vorbei, die mütterlichen Bullinnen (= Kühe, oder was?) wünschen mir einen guten Tag, schließlich bin ich ein alter Kunde, in die Kabine, der MP-Typ ist jetzt breitbeinig in der Tür, hands up, eilfertige Finger die Schenkel rauf & runter, Brieftasche & Schlüssel wieder einpacken, den Rest ins Schließfach, die Gittertür wird elektrisch geöffnet, ich nehme meine Marke und laufe die Treppe hoch.

Im Zuschauerraum herrscht heute mal wieder Gedränge, drei vier bekannte Gesichter, hinter der Glasscheibe viel Presse und vor allem Astrid und die Verteidiger, wie's scheint "ganz jutt druff".

Die zwei Zeugen sind ein denkwürdiges Paar: der eine heißt nicht nur Wulff von Gerlach, er ist es auch (so a la Steve McQueen ist Bullit): athletischer Körperbau, kurze blonde Haare, ebensolchen Schnauzbart, blondäugig-germanisch (hallo Leyla: dein Typ!) Sorte: Herrenmensch, preußischer Landjunker, alter Offiziersadel, schon 70/71 jedient & so. Von Beruf ist er zwar Bulle, aber eigentlich ist er ja Offizier: knappe-militärische Ausdrucksweise, schnarrende Stimme: Leider hat er eigentlich nichts gesehen, d.h. er hat nicht gesehen, daß "die Frau" geschossen hat; als die Projektile oder das Projektil, genauer weiß ers nicht mehr, ihm um die Ohren pfiffen, war sie und der andere Verfolgte schon auf seiner Höhe. Dann war da noch ein grauer VW-Bus mit heruntergelassenen Scheiben, aber an mehr kann er sich nicht erinnern, wirklich nicht, weil er vollauf mit seinen Straßenüberquerungs- & Deckungs- & Rückzugs-Aktionen beschäftigt war.

Warum er das denn nicht schon früher ausgesagt habe, fragt die Vorsitzende Mutter Johanna, die vielleicht Schwule von der Lederkerl-Fraktion nicht mag, "boots" sei's geklagt. Tja, mal hat er Urlaub gemacht, mal hat er keine Zeitung gelesen (er liest wohl nur mehr "Wehr & Wissen"), und dann wars ihm auch nicht so wichtig, jawoll. Wahrscheinlich wars ihm auch einfach nur peinlich, so leicht angesoffen und mit seinem Freund in der Bockenheimer innen Kugelhagel zu geraten.

Selbiger Freund ist ein Chilene, drahtig, dunkelhäutig, seine 34 Jahre sieht ihm weiß Gott keiner an: ein schöner Mann. Der hat noch weniger gesehen und gehört, man (oh Mann!) kann sich richtig vorstellen, wie sein starker Freund, ganz Offizier alter Schule, ihn hinter die Litfaßsäule zerrt, ihn heldenhaft mit seinem eigenen, ungeschützten Körper deckt, als es knallt, in Gedanken die passenden Kapitel aus der HDV (= HeeresDienstVorschrift) für solche Situationen, wie er die nächste Deckung anvisiert, na ja, usw., man (schon wieder!) kennt das ja.

Die Stimmung im Publikum ist fast ausgelassen, eigentlich ist son Spott ja Scheiße, aber die zwei sind einfach so komisch, richtige Bilderbuch-Typen. Dabei sind sie, genau genommen, Zeugen der Verteidigung, auch wenn sie sich erst nach 8 Jahren melden und dann auch noch bei der Staatsanwaltschaft.

Die Zeugen werden entlassen.

Frau VorsRichterin macht ein ernstes Gesicht (sie ist eh 'n bißchen oberlehrerhaft, find ich & die Schüler auch) und erklärt, daß sie am Morgen einen Eilbrief vom Bundesinnenminister (Baum ab? nein danke!) erhalten habe.

Der junge Richter Bachel trägt den Inhalt vor (siehe Kasten).

Zwei Verfassungsschutzvögel haben 1971 (!!) zu Protokoll gegeben, daß sie von Schüssen der weiblichen Person weder was gesehen noch gehört haben. Dabei war zumindest der eine so nahe dran, daß er im Angesicht von Manfred Grasshofs gun sich ebenfalls bemüßigt sah, die Flügel hochzunehmen (das wäre dann schon der dritte gewesen, vielleicht war die halbe Unterlindau voll mit Schleicher, die – jeder an seinem Plätzchen – die Pfötchen ausstrecken?). Auch von der angeblich wilden Ballerei im Kettenhofweg haben sie erst im Polizeipräsidium, und zwar durch Grünhagen selbst, erfahren.

Der Eklat ist da.

Richter & Staatsanwälte schweigen betreten, das Publikum ist sehr erregt, dauernd fragen die Schüler, ob sie's auch richtig verstanden haben, RA Preuß setzt zu einer scharfen Erklärung an: Ungeheuerlichkeit, dies nach 8 Jahren per Eilbrief (so langsam ist die Post nun doch nicht) bekannt zu machen, seine Mandantin dafür fast vier Jahre innen Knast zu stecken, davon 4 1/2 Monate Totalisolation in Köln-Ossendorf, aber jetzt hält es Astrid nicht mehr aus, sie weint, geht raus, der Prozeß wird unterbrochen.

Wir können es einfach nicht fassen. Gisela, die als Pressefrau jenseits der Glaswand ist, wirft mir Zigarette und Feuerzeug rüber, der Wachtmeister daneben versteht's und nickt wohlwollend. Jede Menge Fragen, dann, schließlich: wilde Spekulationen: platzt der Prozeß ganz? Warum macht der Baum das? Was wollen die eigentlich mit dem Prozeß beweisen? Für wieviele, die schon tot sind oder in den Knästen, lebenslänglich oder das halbe Leben, existieren auch solche Geheimberichte? Warum erst jetzt? Warum nicht am Anfang des Prozesses oder nach der Verhaftung in England? Wie werden sich die Gerichte dort verarscht vorkommen (geschieht ihnen recht, hätten sie sie nicht ausgeliefert)? Warum nicht im Monsterprozeß in Sindlingen? Warum nicht **sofort**? Wie hält Astrid das aus, wie würdest du das aushalten?

Nach der ersten Erregung breitet sich langsam ein Gefühl dumpfer Ohnmacht aus (ist es das, was sie wollen?): wie sehr jeder von uns zum Spielball des Verfassungsschutzes wird, geworden ist, wie sehr sie ganz nach Belieben oder politischen Interessen über Menschenleben verfügen, war den meisten vielleicht im Kopf klar, aber an Astrids Beispiel wird es – um einen alten Ausdruck aus APO-Zeiten zu gebrauchen – sinnlich erfahrbar!

Astrid kommt wieder in den Saal, der Prozeß geht weiter, sie kann sich aber nicht setzen, fingert nervös an ihrem Mikrophon. RA Preuß setzt seine Erklärung fort und fordert die Vernehmung der zwei Kölner V-Leute. RA Hannover gibt der Staatsanwaltschaft zu bedenken, ob es jetzt nicht an der Zeit sei, Grünhagen & Simons wegen Falschaussage und Verdunkelungsgefahr zu verhaften.

Beifall vom Publikum, zum erstenmal während des ganzen Prozesses.

Die zwei V-Leute sollen geladen werden, sagt die VorsRichterin, aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse (und der Angeklagten?) regt der Staatsanwalt an.

RA Preuß besteht lautstark auf dem Recht seiner Mandantin, sich in öffentlicher Verhandlung öffentlich zu rehabilitieren.

Wieder Beifall vom Publikum.

Der Prozeß wird vertagt.

Am Donnerstag und Freitag nächster Woche soll Ruhland, der bisher 115 Jahre Knast ausgekotzt hat, kommen. Die VorsRichterin bittet das Publikum vorsorglich Ausweise mitzunehmen, wegen der zu erwartenden verschärften Sicherheitsvorkehrungen.

Ungläubiges Staunen, sprachlos,

Ein Prozeßtag ist zuende. Ganz normal. Ordentlich.

Was ist das für eine Ordnung IN DIESEM UNSEREM LANDE!

thomas beyerle

Nächste Prozeßtermine:

DO 15.11.: Ruhland
FR 16.11.: Ruhland
DO 22.11.: Horst Mahler
FR 23.11.: Irene Goergens, Eric Grusdat
(jeweils 9.00 Uhr, altes Landgericht)

Auszüge aus den im Prozeß verlesenen Aussagen der beiden Verfassungsschützer

Ich sah das Paar in der Straße Unterlindau auf die Bockenheimer Landstraße zugehen und vor der Ampelanlage Halt machen. Daraufhin wechselte ich den Standort von der Oberlindau in die Unterlindau. Im Vorbeifahren erkannte ich, daß zwei männliche Personen offenbar die Ausweise des Paares kontrollierten. Als ich mein Fahrzeug in der UNterlindau gerade verlassen hatte, sah ich das Paar schnell auf mich zulaufen, ihm folgten die zwei Männer. Auf meiner Höhe gelang es einem der Männer, die männliche Person festzuhalten. Der Festgehaltene drehte sich herum und zog dabei eine Waffe, die ich für eine großkalibrige Pistole hielt. Er richtete die Waffe gegen den Mann, über den ich später hörte, daß es sich um den Kriminalbeamten SIMONS gehandelt hat, und forderte ihn auf, die Hände hoch zu nehmen, was auch geschah. Ich selbst nahm ebenfalls die Hände hoch, weil ich nur wenige Schritte entfernt stand und glaubte, damit Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Ich konnte noch sehen, daß der andere Mann die weibliche Person ergriff und dabei mit ihr zu Boden fiel. Der Mann erhob sich wieder und ließ die Frau los. Ich hatte den Eindruck, daß er sich gleichfalls von der Waffe bedroht fühlte. Von diesem Augenblick an habe ich nur noch auf die männliche Person geachtet; was die Frau getan hat, habe ich nicht mehr gesehen. Ich habe auch den zweiten Mann – ich weiß jetzt, daß es sich um

GRÜNHAGEN gehandelt hat – nicht mehr gesehen. Die männliche Person bewegte sich langsam mit der Waffe in der Hand rückwärts, stolperte jedoch dabei. In diesem Augenblick trat der Kriminalbeamte hinter einen Baum und nunmehr fielen die ersten Schüsse. Aus dem unterschiedlichen Knall erkannte ich, daß mit zwei Waffen geschossen wurde. Auf Mündungsfeuer habe ich in der Aufregung nicht geachtet. Ich bin hinter meinem Fahrzeug in Deckung gegangen. Es gelang mir, in das Fahrzeug zu kommen; über Funk habe ich der Leitstelle von dem Schußwechsel Mitteilung gemacht. Während dieses Funkspruches wurde noch geschossen.

Da ich die Frau und den sie verfolgenden Mann nicht mehr gesehen habe, gehe ich davon aus, daß der Schußwechsel zwischen dem Kriminalbeamten und der männlichen Person stattfand. Von Schüssen der Frau habe ich nichts gesehen und nichts gehört. Daß sie auf GRÜNHAGEN geschossen hat, habe ich erst von diesem selbst einige Stunden später bei einer Besprechung in der Einsatzleitung gehört.

GRÜNHAGEN erzählte dort, die Frau habe aus ihrer Umhängetasche eine Pistole des Kalibers 6,35 mm gezogen und ihn zum Stehenbleiben aufgefordert. Sie sei dann über die Bockenheimer Landstraße weggelaufen; als er ihr doch gefolgt sei, habe sie sich mehrmals umgedreht, auf ihn geschossen und ihn erneut zum Stehenbleiben aufgefordert. Sie sei ihm schließlich entkommen.

Die männliche Person konnte SIMONS gleichfalls entkommen. Wir sind ihr aus Sicherheitsgründen nicht gefolgt.

Ich zog mein Fahrzeug daraufhin in die Bockenheimer Landstraße und blieb etwa in Höhe der Liebigstraße stehen. Ich habe von der Ausweiskontrolle nichts gesehen. Ich hörte dann den Funkspruch des Kollegen über den Schußwechsel. Im Funkgerät hörte ich die Schüsse; unmittelbar hörte ich die Schüsse nicht, es kann sein, daß das Funkgerät die Schußgeräusche übertönte. Ich zog mein Fahrzeug sofort in die Unterlindau. Von dort sah ich, daß ein Mann beidhändig mit einer Pistole schoß. Ich sah dann noch, daß der zweite Mann, der klein war, weglief. Ich kann nicht mit Bestimmtheit sagen, daß der kleinere Mann derjenige war, der zuvor mit der Frau im Cafe gewesen war, weil die Lichtverhältnisse zu schlecht waren. Von der Frau habe ich nichts mehr gesehen; ich habe insbesondere auch nicht wahrgenommen, daß sie verfolgt worden ist und dabei auf ihren Verfolger geschossen hat.

ES BRAUCHT KEINEN WETTERTURM, UM ZU MERKEN, WOHER DER WIND WEHT

Dieser offene Brief an Bundesrat Willi Ritschard, Bern, erreichte uns anonym.

Gösgen, November 1979

Lieber Willi,

Vielleicht hat man Dir in den USA folgende, in Anti-AKW-Kreisen gut bekannte Geschichte erzählt: im Dezember 1973 hat ein Bewohner einer Landkommune in Montana, einen 170 Meter hohen Turm für meteorologische Zwecke in der Nähe eines geplanten AKW's gesprengt. Darauf stellte er sich der Polizei. Den späteren Prozeß gewann er und am Schluß wurde auch das geplante AKW nie gebaut. – Diese Geschichte bildet den Anfang des zivilen Ungehorsams gegen den Bau von AKW's in den USA.

Bei uns in der Schweiz ist sowas kaum möglich, daher haben wir gezwungenermaßen als unerkannte und ungebetene Gäste an den Feierlichkeiten zur definitiven Inbetriebnahme des AKW Gösgen teilgenommen. Und wie der amerikanische Turm bot auch der meteorologische Turm von Gösgen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, obwohl er am hellerleuchteten Zaun gestanden hatte. Wobei der Gerechtigkeit halber noch erwähnt werden muß, daß wir die in der Schweizer Armee verpaßte militärische Ausbildung erstmals auf befriedigende Weise in die Praxis umsetzen konnten.

Nun lieber Willi, Du hast es sicher bemerkt, unsere Aktion war und ist ein Protest gegen die kommerzielle Aufnahme der Stromproduktion von Gösgen. Der umgefallene Turm ist aber auch ein direkter Angriff auf die ATEL, die das beschädigte 380 kV-Unterwerk als ihr Eigentum betrachtet. (Falls irgendwo Menschen unter Stromausfall zu leiden hatten, bitten wir sie auf diesem Weg um Entschuldigung.) Die Atel ist bekanntlich zu 35% am AKW-Gösgen beteiligt und seit 1977 mit der gesamten AKW-Geschäftsführung beauftragt. Aber die Alusuisse - (jetzt SBG) - Lonza-Motor/Columbus-atel-Gruppe, die mehr als 1/4 der gesamtschweizerischen Elektrizität produziert, wird den entstandenen Schaden sicher verkraften können, ohne daß Trümpy, Kohn und wie die Gangster noch alle heißen, mit Lohneinbußen rechnen müssen.

Nun noch einige Worte zu Dir, lieber Willi. Deine erste Herzattacke hast Du also mehr oder weniger heil überstanden. Nun sollten jeweils, um von Genesung sprechen zu können, nicht nur die Symptome, sondern die Ursachen bekämpft werden. Wir meinen damit, daß Du in Deinem Innersten ebenso wie alle AKW-Gegner bewußt bist, daß diese Betonmonster lebensgefährlich und damit lebensfeindlich sind. Du hast zusammen mit deiner Gattin Harrisburg aus der Nähe erlebt und Dir dabei vor lauter Schreck einen Virus geholt. Ebenso weißt Du genau, daß in den USA Standorte für AKW's in derart dicht besiedelten Gebieten wie bei uns niemals bewilligt würden und als Wahnsinn angesehen werden. Trotzdem und obwohl selbst nicht einmal der lächerliche und völlig ungenügende regionale Katastrophenplan voll einsatzfähig ist (fehlende Radioinformation während der Nacht, dauernde Pannen im Alarmplan für die Gemeindestäbe) hast Du als letztlich Verantwortlicher für Gösgen grünes Licht gegeben. Damit hast Du dem Druck der Atomlobby nachgegeben, oder vielmehr, bist Du als Steigbügelhalter für Profitmaximierung und Todesproduktion gebraucht worden. –In einer solchen Situation muß einem ja das Herz zu rebellieren beginnen ! –

Nichts desto trotz sagen wir Dir deutlich: falls in Gösgen jemals ein Unfall passiert, bist Du schuldig! Zusammen mit all denen, die die Interessen der Erbauer und Verwalter der Elektrizitätsgesellschaften schützen: das heißt, mit denen, die es immer fertig bringen, ihre profitorientierten Beschlüsse gegen Sicherheitserwägungen durchzusetzen. (Die letzte Nachricht in dieser Beziehung kommt aus Frankreich, wo von 26 Reaktoren des Typs LWR 25 Risse aufweisen, 5 in Betrieb, 10 bereits installiert, 10 im Bau. Nun, trotz der Warnung einiger gewissenhafter Techniker weigert man sich, sie stillzulegen!)

Die Konstrukteure wollen sparen, die Verwalter wollen schnell Strom produzieren und die Politiker geben ihnen grünes Licht. Bei diesem perfekten Zusammenspielen der Kapital-Mafia sind die Angestellten der AKW's und die Bevölkerung die Leidtragenden – auch wir!

Noch einige Bemerkungen an die Adresse der AKW-Gegner.

Laut Presseberichten vom 6.September hat das NWA einen „zweiten Jurakonflikt" prophezeit, falls Kaiseraugst gebaut werden sollte. Nun, von bloßen Drohungen wird sich die Lobby kaum beeindrucken lassen. Abgesehen davon haben es gerade die Jurassier meisterhaft verstanden, neben der reinen Propagandaarbeit auch die, sagen wir mal „militärische" Kampfebene zu organisieren. Zwei Ebenen, die sich gegenseitig immer sehr wirkungsvoll ergänzt haben. In einem „Blick"-Artikel vom 10.September ist des weiteren von den armen geplagten Atombossen die Rede, die da immer mehr von Mord- und Entführungsdrohungen belästigt werden. – Gut so! – Treiben wir die Sache soweit, daß sie ihre Villen mit Radar, Stacheldraht und Flutlicht absichern und ebensoviel Angst ausstehen müssen, wie alle diejenigen Menschen auf der Welt, die täglich von irgendeinem AKW unmittelbar bedroht werden.

Heute versucht die Atomlobby mit Hilfe der manipulierten Energiekrise ihr ins Stocken geratenes Atomprogramm wieder in Schwung zu bringen, geben wir ihnen darauf eine klare Antwort!

Es braucht keinen Wetterturm, um zu merken, woher der Wind weht!

GÖSGEN – NEIN DANKE!

Do-it-Yourself-Gruppe 007



KEIN KRONZEUGE GEGEN KNOFO UND MANNE

DÜSSELDORF 5. November *In einem Sondergebäude auf dem Gelände der Polizeikaserne Düsseldorf-Dehrendorf stehen seit Monaten Norbert Kröcher (knofo) und Manfred Adomeit (Manne) vor Gericht. Zusammen sollen sie geplant haben, die für die Auslieferung des Kommandos 'Holger Meins' und die tödliche Rückführung Siegfried Hausners verantwortliche Ministerin zu entführen. Knofo allein betrifft der Vorwurf der Gründung (zumindest aber der Mitgliedschaft in) der :Roten Ruhr Armee'. Verteidiger sind die Frankfurter Rechtsanwälte v.Plottnitz und Riedel.*

„Wie es so spielt im Leben, nicht immer geht alles nach Plan" — das mögen sich jetzt wohl die beiden Staatsanwälte sagen. Der Prozeß bringt nämlich nicht das von ihnen erhoffte ERgebnis. Bis jetzt k onnte keiner der Zeugen und Sachverständigen gewichtige Aussagen gegen die beiden vorbringen. Bei den Indizien sieht es nicht anders aus. Es liegt nur ein Koffer mit einem Sturmgewehr und möglichen Sprengutensilien vor (der sogenannte ‚Kölner Koffer'), bei dem aber noch gar nicht klar ist, ob er überhaupt etwas mit Knofo zu tun hat. Über den Weg von zwei Kronzeugen sollten jetzt die benötigten Beweise vorgebracht werden. Aber : obwohl angekündigt, erschien die die Schwedin Lindgren doch nicht in Deutschland.

Am 5. November sollte nun Lothar Gend der Beweisnot abhelfen. Man erhoffte sich einen Kuhhandel. 1989 enden die 15 Jahre Haft von Lothar Gend, das letzte Drittel der Haft zu erlassen, ist unter ‚bestimmten' Umständen rechtlich möglich. Und dann wurde am 23.5.79 ein weiteres Verfahren (Rote Ruhr Armee) gegen ihn nach § 154 StPO *(vorläufig)* eingestellt, das die Bundesanwaltschaft aber bei neuer Beweislage jederzeit neu eröffnen *(kann)*. Eine Aktennotiz des LKA-Beamten B., Lothar Gend sei bereit, sich ‚schonungslos zu offenbaren' tat ein übriges. Die Staatsanwälte und die 31 Zivilen im Saal (gegenüber 4 Prozeßbesuchern) waren recht zuversichtlich. Das müßte eigentlich zu einem 'Weichkochen' langen.

Doch der Traum vom Kronzeugen zerplatzte wie eine Seifenblase. Lothar Gend schilderte die Begleitumstände dieses ‚Offenbarungsangebotes'. Herr B. habe die Beweisnot im Düsseldorfer Prozeß geschildert: „*Wir haben gegen Kröcher nicht genug auf der Pfanne. Der bekommt weniger als Sie. Wir müssen da noch was zulegen.*" Herr König (ebenfalls vom LKA) stellte dafür konkrete Vorteile wie vorzeitige Haftentlassung in Aussicht und drohte, wenn das nicht klappen würde, dann werden wir „*uns persönlich dafür verwenden, daß Sie ihre 15 Jahre bis zum letzten Tag machen werden*". Wohl unter Erfolgsdruck fertigten die LKA-Beamten dann wohl den Vermerk an, Lothar Gend sei bereit, sich *schonungslos zu offenbaren.* Diese Darstellung der Nötigung durch die LKA-Beamten versuchten die Staatsanwälte abzubiegen. „*Falschaussagen*", wurde von ihnen gekontert und „*nicht dieses Verfahren betreffend*". Es schien so, als hätten sie die ganze Sache mit Lothar Gend im Zeugenstand am liebsten rückgängig gemacht. Derweil saß ein weiterer LKA-Beamter im Zuschauerraum, der die Ausführungen von Lothar Gend mitschrieb, um vermutlich später auch als Zeugen auftretende B. und König über den Wortlaut der Aussagen zu informieren.

In der darauffolgenden weiteren Vernehmung von Lothar Gend verhedderte sich der Oberstaatsanwalt so in seiner eigenen Argumentation, daß ein Zuschauer ironisch bemerkte: „Wenn der so weitermacht, wird er nach der Revolution nicht einmal mehr Kalfaktor". Der Vorsitzende Richter wäre eigentlich ein ganz netter Mensch, wenn er nicht 'Richter' wäre. Mal sehen, ob seine faire Verhandlungsführung anhält.

Getagt, gezeugt und geredet wird weiterhin jeden Mon- und Dienstag (9.30 – 12.00 Uhr und ab 14.00 Uhr). (12./13., 19./20., 26./27. November, 3./4., 10./11., 17./18. Dezember. Am 28.12. findet ein halbstündiger Springtermin statt, um die 10-Tage-Unterbrechungsfrist nicht zu überschreiten. Im Januar erscheinen dann die schwedischen Staatsanwälte, die Knofo und Manne nach ihrer Festnahme vernommen haben. Da wird dann Mo/Di und Mi verhandelt (7./8./9. und 14./15./16. Januar). Nach Informationen aus gut unterrichteten Kreisen soll das neue Jahr mit einer ‚Knofo-Manne-Demo' am 7. Januar beginnen.

„. . . DA KANN MAN KEIN TIER REINSTOPFEN!" – HOCHSICHERHEITSTRAKTE

Wir veröffentlichen eine kurze Darstellung über die neueste Entwicklung der 'Hochsicherheitstrakte' am Beispiel Berlin und Celle.

Verfasser ist die Initiativgruppe gegen Hochsicherheitstrakte, Berlin, die dazu eine ausführliche Dokumentation herausgegeben hat.

Gegen Einsendung von DM 2,50 kann die Dokumentation unter der angegebenen Kontaktadresse bezogen werden.

Kontaktadresse: Initiativgruppe gegen die Hochsicherheitstrakte, c/o Radikal, Eisenbahnstr. 4, 1 Berlin 36:

Im Oktober diesen Jahres soll innerhalb der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Moabit ein sogenannter Hochsicherheitstrakt für Gefangene aus politischen Strafverfahren in Betrieb genommen werden.

Zu diesem Zweck wurden zwei Flure eines Flügels dieser ohnehin überfüllten Anstalt geräumt und so umgebaut, daß diese Zellen gegenüber dem normalen Anstaltsbetrieb vollständig abgekapselt sind:

Die baulichen Eigenheiten dieses „Hochsicherheitstraktes", seiner Zellen, des dazugehörigen Hofes sowie die besonders ausgeklügelten Überwachungseinrichtungen verhindern jede Möglichkeit, Gefangene aus dem Normalvollzug am Fenster, auf den Fluren oder beim Hofgang zu sprechen, ja, diese überhaupt zu Gesicht zu bekommen. Eine Verbindung zu anstaltsinterner Kommunikation ist dadurch abgeschnitten.

Entstanden ist ein Gefängnis im Gefängnis, fast schon ein Mausoleum für lebendige Menschen.

Dieses Bauwerk stellt den bisherigen Tief- bzw. Höhepunkt in der Geschichte der isolierenden Haftbedingungen für politische Delinquenten in der Bundesrepublik dar, eine Sonderbehandlung, die allen Tatsachen zum Trotz von den Verantwortlichen bistritten oder heruntergespielt wird.

Als Modell für die Berliner Einrichtung, der weitere folgen sollen, dient ein bereits fertiggestellter Isoliertrakt in Celle, in dem zur Zeit drei Gefangene sitzen. Die ungewöhnliche architektonische Gestaltung der dortigen Zellen und deren Überwachung wurden von Mitgliedern des Rechtsausschusses des Niedersächsischen Landtags nach einer Besichtigung der Celler Anstalt betroffen als „gespenstisch" bezeichnet. Das Hannoveraner Innenministerium verweigerte „aus Sicherheitsgründen" bislang jede Stellungnahme gegenüber Anfragen des Norddeutschen Rundfunks („Umschau am Abend" vom 26.3. und vom 22.6. d.J.) und gegenüber der Niedersächsischen Strafverteidigervereinigung, die diese Art der Gefangenenbehandlung als rechtswidrig qualifizierte.

Demgegenüber sprach der Berliner Justizsenator Meyer von einer „Art Wohngruppenvollzug für politisch motivierte Straftäter", deren Grundrechte offensichtlich dem Staat zur Disposition stehen: „Sobald sich jemand lossagt vom Terrorismus", so Meyer zu der Sonderbehandlung politischer Delinquenten weiter, „wird er sofort in den normalen Vollzug verlegt" (Bericht des „Tagesspiegel" (Berlin), 8.6. 1979, S. 12).

Für „uneinsichtige" politische Delinquenten zur Regel werden sollen offensichtlich ähnliche Disziplinierungs- und Diskriminierungsmaßenahmen, wie sie gegenüber sogenannten Vollzugsstörern immer schon ergriffen worden sind und – neues Strafvollzugsgesetz hin oder her – nach wie vor angewendet werden: „Beruhigungszellen", „Bunker", „Keller" und wie sonst noch all diese – im eigentlichen Wortsinne – Verliese genannt werden. Ein „Nullpunkt an Freiheit", so der „Spiegel" (Nr. 27/1979); „da kann man kein Tier reinstopfen", so die ehemalige Gefängnisdirektorin Helga Einsele (nach „Spiegel", ebenda).

Die Strafjustiz kann es, wie ihre Praxis zeigt. Und so wird denn auch gar kein Hehl daraus gemacht, daß die neuen Zellen nicht nur für politische Delinquenten reserviert sind, sondern auch (anderen) „Vollzugsstörern" die Verlegung dorthin droht; für wen sonst wird eine zweite derartige Einrichtung in Berlin – auf dem Gelände der JVA Plötzensee – mit 60 solcher Spezialzellen gebaut, die der Justiz etwa 1982 zur Verfügung stehen sollen?

URTEIL IM VERFAHREN GEGEN MARION FOLKERTS

FRANKFURT 6. Oktober *Gerlinde Oberländer-Pohl, die Rechtsanwältin von Marion Folkerts, teilt zum Ausgang des Verfahrens folgendes mit:*

Marion Folkerts wurde am 17.10.1979 vom 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt. Die Verurteilung erfolgte nicht wegen des in der Anklageschrift und in dem seit 2 1/2 Jahren schwebenden Ermittlungsverfahren erhobenen Vorwurfs der Mitgliedschaft in der RAF, sondern wegen des Vorwurfs eines Paßvergehens, das Frau Folkerts bei ihrer Festnahme in Paris am 25. Mai 1978 und in anderen Ländern außerhalb der BRD begangen haben soll. In dem Urteil wurde der Vorwurf des § 129 a Strafgesetzbuch durch die Beschränkung des Verfahrens auf das Urkundsdelikt fallengelassen.

Frau Folkerts hatte am letzten Verhandlungstag erklärt, daß sie die BRD verlassen und aktiv teilgenommen habe an der palästinensischen Widerstandsbewegung. Für den palästinensischen Widerstand sei die Kenntnis aller Arten des Widerstandes, auch die Kenntnis von Waffen und Sprengstoffen und deren Anwendbarkeit, lebensnotwendig.

Das Gericht führte zur Begründung des für ein Paßvergehen außerordentlich hohen Strafmaßes, bei dem auch eine Aussetzung zur Bewährung nicht mehr möglich ist, aus, Frau Folkerts habe sich dem Kampf gewidmet, und zwar dem bewaffneten Kampf; die Urkundsfälschung sei deshalb besonders verwerflich, weil sie in Zusammenhang mit diesem Kampf begangen worden sei.

Darauf, wo und in welchem Zusammenhang Frau Folkerts sich dem bewaffneten Kampf gewidmet habe, ging das Gericht mit keinem Wort ein. Da nach den vorangegangenen Erklärungen von Frau Folkerts und ihrer Verteidigung nur der bewaffnete Kampf der palästinensischen Widerstandsbewegung gemeint sein konnte, kann auch in der Begründung des Gerichts nur die Wertung des bewaffneten Kampfes dieser Bewegung als besonders verwerflich gesehen werden.

Bedenkt man, daß Frau Folkerts die BRD, seit sie sie im Herbst 1977 verlassen hatte, nie wieder betrat und erst durch die völkerrechtswidrige, durch das BKA vollzogene Verschleppung aus Paris in die BRD gebracht wurde, stellt sich ohnehin die Frage, woher ein Gericht der BRD seine Zuständigkeit für ein Strafverfahren nimmt. Erstmalig allerdings hat sich darüber hinaus ein Gericht der BRD die Kompetenz zugemessen, einer Person die Beteiligung an einer ausländischen – hier der palästinensischen – Widerstandsbewegung als straferschwerendes Moment anzulasten.

Die Verteidigung hatte die Einstellung des Verfahrens beantragt. Sie wird gegen das Urteil Revision einlegen.

Kontakt: RAe Oberländer-Pohl, Kolbach, Mika, Müller, Bergerstr. 87, 6000 Frankfurt /M - 1, Tel.: (0611) 43 94 39

Scherz Satire Ironie...

Liebe ID-ler

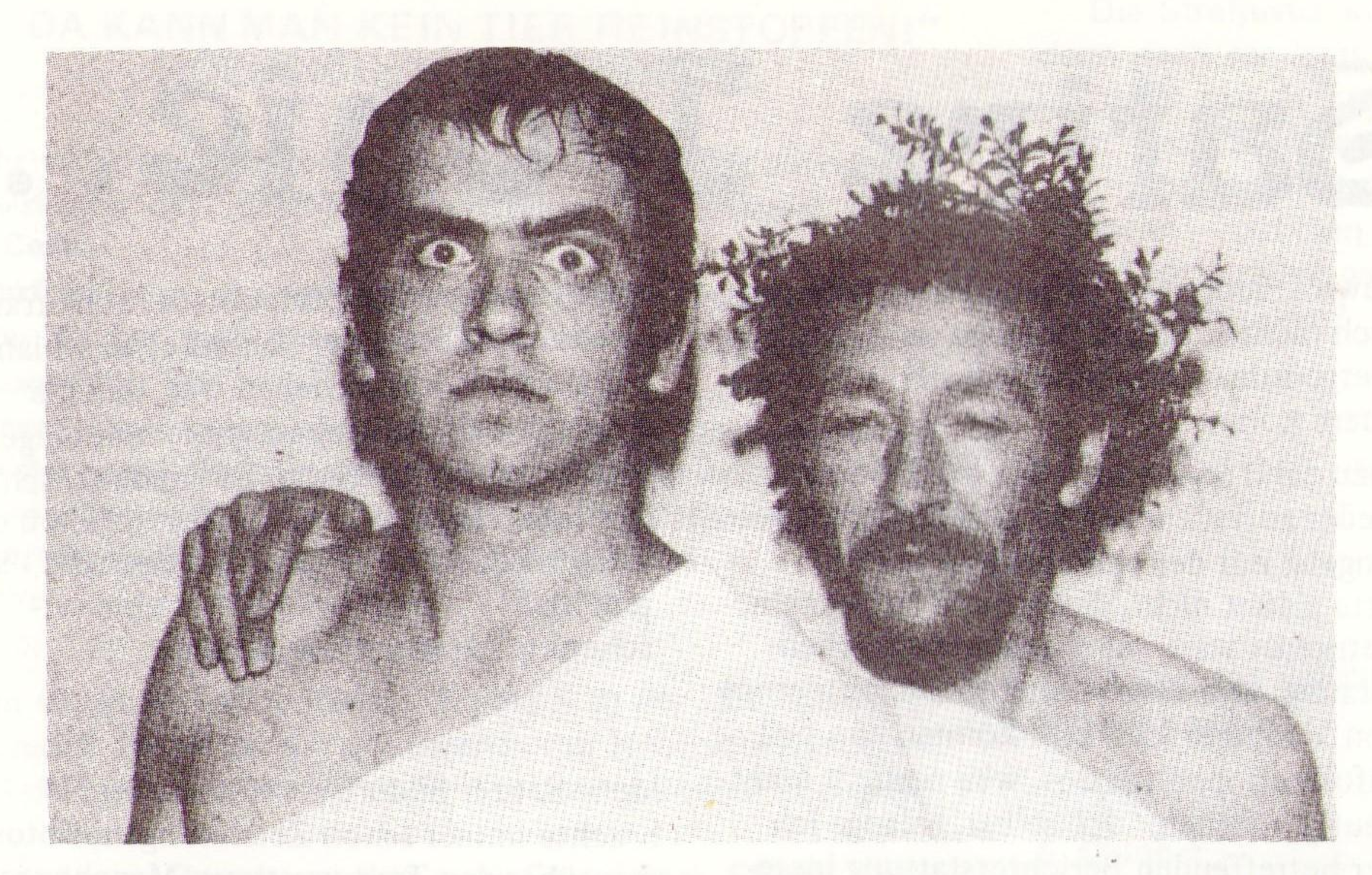
... Der ID war für mich, seit mit im vielbeschworenen Deutschen Herbst endgültig klar wurde, daß die bürgerlichen Medien (auch die linksliberalen, auch - so gut es eben geht - gegen den Strich gelesen) gezielt desinformieren, eine wichtige zusätzliche Informationsquelle über die zunehmende Repression hierzulande. Informationen über diese Seite des politischen Alltagswirklichkeit der BRD (Politprozesse Staatsschtz usw.) sowie darüber "was löfft" (Ökologie, Antifaschismus,Arbeitswelt/Gewerkschaften, Frauen etc) zu verbreiten, das schien und scheint mir immer noch eine notwendige und sinnvolle Aufgabe des ID zu sein, gerade auch in der Form von Selbstdarstellungen der Betroffenen. Nun zeichnet sich aber seit Monaten, nicht erst seit dem offenen Ausbruch der Krise im Oktober, bei Euch eine Tendenz ab, die



auf den ersten Blick auf eine Erweiterung des "Angebots" (mehr "Kultur", "Unterhaltsames", "Bilder") hinauszulaufen scheint, die m. E. jedoch in kürzester Zeit den Informationswert des ID stark reduzieren wird, resp. schon reduziert hat.
Dazu einige Einzelbeobachtungen:
Die seit längerem irgendwo im Heft, und jedesmal woanders versteckte Inhaltsübersicht. Wäre vermutlich eine nicht weiter bemerkenswerte kleine Unannehmlichkeit für uns Leser - wenn sie nicht so deutlich Ausdruck der bewußten Auflockerungsstrategie wäre. Der ID (zusätzlich) als ein lustiges kleines Ratespiel, nur nicht so bierernst! Weg mit den rigiden Zwängen und kleinbürgerlichen Formalismen, wir wollen's salopp und zwanglos vermischt!?

Gewiß, Saloppheit ist schick: ich habe auch nichts dagegen, solange sie nicht der übergeordneten Gesamtfunktion s.o. in die Quere kommt.
Dazu zählt leider auch der im ID immer wieder auftauchende sorglos-schlampige Umgang mit den sprachlichen Mitteln. Bitte glaubt nicht, daß ich ein Ortographie-Fetischist wäre - aber fehlende Zeichensetzung und die so beliebte Substituierung von 'daß' und 'das' z.B. können nun mal Informationen wertlos, weil schlicht mehrdeutig, machen. Ich selbst, solange ich der betreffenden Berichterstattung insgesamt Glauben schenke, bin durchaus in der Lage, mir in solchen Fällen aus den konkurrierenden Interpretationen die herauszusuchen, die mir in den Kram paßt. Undeutliche, mehrdeutige, widersprüchliche Bestandsaufnahmen sind eben kein Argument, um damit politische Überzeugungen zu fundieren bzw. aufzubrechen, sie sind eher dazu geeignet, die generelle Skepsis so manches ansonsten gutwilligen Gesprächspartners gegen diese Art der Information noch zu verstärken. Und daß dieses Problem nicht mit dem Hinweis auf die ursprüngliche ID-Konzeption (Verzicht auf redaktionelle Überarbeitung der zugesandten Beiträge) aus der Welt zu schaffen ist, wurde mir schon sehr früh klar, anhand eines Artikels von Max Watts, über die Widersprüche der offiziellen Meinhof-Selbstmord-These. Die Argumentation war mir in dieser Ausführlichkeit neu und erschien mir, gerade auch zu diesem Zeitpunkt, als so wichtig, daß ich sie liebend gern in allen Einzelheiten weiterverbreitet hätte. Trotzdem habe ich dann nach langem Zögern und mit sehr großem Bedauern davon Abstand genommen - weil der Hauptargumentationsstrang (betraf die Länge der Schlaufe) so schlampig zusammengeschrieben war, daß die diversen Zahlenangaben vorne und hingen nicht zusammenpaßten. Es handelte sich nicht um ein,zwei Druckfehler, sondern es blieb rechnerisch falsch, als Argument - so jedenfalls - wertlos und damit eine verschenkte Informationschance.

Mehr Satire, Bilder, Fotos etc. Der ID brachte immer schon Zeichnungen, Fotos usw. über den Text verstreut. Manche recht gelungen, andere einigermaßen harmlos-überflüssig, alles in allem also wohl mehr eine Frage des Geschmacks und damit generalisierender Diskussion weitgehend entzogen. Wenn jetzt aber der Anteil dieser Materialien am Gesamttext deutlich zugenommen hat, so verändert das den Gesamtcharakter des ID so sehr, daß ich mich frage, ob Ihr Sinn, Zweck und Implikationen dieser Richtungsänderung wirklich voll überblickt.
Aber was heißt: mehr Satire? Mehr à la Nr. 303 S. 20? Nichts gegen diese eine Montage, sie war treffend, aktuell, scharf, obszön war nicht sie, sondern die von ihr zitierte Politikermeinung und von Porno zu reden ist Unsinn, schließlich weiß kein Mensch was das ist. Die einzig mögliche Definition bleibt meines Wissens immer noch die, daß ein Porno sei, was ein/e jede/r dafür hält, d.h. jeweils das, was jenseits der individuell-biologisch bedingten Tabugrenze angesiedelt ist. Nein, es geht nicht um den Pornographievorbehalt, sondern darum, wozu derartige Bildsatire in gehäufter Form – etwa in der "kulturellen Beilage"? ? – gut sein soll. Kaum etwas, denke ich, nutzt sich so schnell ab wie der Effekt von Satire en masse, wird so schnell unpolitisch, konsumierbar, zum puren Markenzeichen witziger Unverbindlichkeit. Siehe "Pardon", ein Blatt so subversiv wie die Peanuts.
Wozu – ganz generell – mehr Bildmaterial? Immer unter der Voraussetzung, daß der ID im Wesentlichen weiterhin das einlösen will, was sein voller Titel verspricht: die Funktion vieler Bilder/Fotos im ID ist (mir) schon heute teil rätselhaft, teils offen suspekt. Nehmt nur mal Nr. 306,S.3,5,6: (oder auch das Titelbild von Nr.303): "schöne","pikante", "einfach irre" Bilder – vielleicht. Ganz gewiß aber: von nichtssagender Beliebigkeit, überflüssig wie ein Luft gegriffen, sondern eher Ausdruck einer objektiven Entwicklung innerhalb der Sponti-Szene, der Ihr schon aus Selbsterhaltungstrieb folgen müßt(?).
Trotzdem noch ein paar abschließende, hoffentlich (Diskussion) provozierende Bemerkungen:



“Kultur“ umfaßt m.E. einerseits mehr, als Euch vorschwebt (nicht nur unterhaltsame Garnierung des “grauen Alltags“ und dekorative Auflockerung desselben, sondern Kropf . In Nr. 306 eingeschaltet zwischen Berichte über Gleisbesetzung, Hausbesetzung Knast/Hungerstreik. Noch ein paar Bilder mehr, noch ein bißchen Text weniger, und Ihr habt ein Bilder–Magazin, an dem nur noch eins stört: die zwischengeschalteten Texte von humorlosen Leuten mit erhobenem Zeigefinger, die einem den Spaß am Bilderangucken verderben.

“Mehr Sinnlichkeit“ w a r mal ein durchaus emanzipativ gemeinter Slogan. Inzwischen noch mal gründlich in Frage zu stellen, befürchte allerdings daß die Sache weitgehend gelaufen ist. Schließlich sind Eure Entscheidungen ja wohl nicht willkürlich au s der z.B. auch präzise und verläßliche Information s.o.) – und andererseits weniger (Glanzpapier und bunte Bildchen gehören nicht unbedingt dazu, jeder Hertie-Prospekt beweist's)*((ach, sei doch nicht so streng – d.Comp)).*



Noch was zum Thema: satirische Gags und ihr Einfluß auf den Informationswert von Nachrichten(?). Ich will Euch ganz kurz meine subjektive Reaktion auf eines Eurer neuen Verfahren schildern, eben weil ich sie für tendenziell objektiv (im Verfahren vorprogrammiert) halte. Der ID brachte vor einiger Zeit einen längeren Bericht über den Versuch eines Staatsschützlers, einen ID-ler anzuwerben. Ich nahm das, ohne weiter darüber nachzdenken (warum auch?), als Tatsachenbericht, den metaphorischen Schnörkel am Ende (“gesichtet in einer Handtasche...“) als lustigen Gag(why not). Bin ich zu naiv? Ich kenne mich allerdings in der Frankfurter scene nicht aus, eventuelle augenzwinkernde Hinweise an insider auf den Fiktionscharakter eines solchen Textes entgehen mir glatt, das weiß ich. Jedenfalls: einige Wochen später brachte der ID eine erkennbar unsinnige (satirische?) Fortsetzung der Handtaschenstory, mit zwei Fotos – sichtbar gestellt, nichtssagend Teil des “kulturellen Unterhaltungsprogramms.“ Okay – aber: war der voraufgegangene Bericht nun authentisch oder fiktiv ? Ich unterschätze den Wert gelungener Satire keineswegs, nur: ‘unterbliebene Nachrichten‘ sind für mich keine mehr, sobald ich ihren Nachrichtencharakter bezweifeln muß.
Insgesamt halte ich es also für dringend notwendig, den neuen Bild-Kultur-Trend

Der Trend zu “mehr Bildern“,zweifellos ein Moment der allgemeineren Forderung (innerhalb der Neuen Linken) nach mehr Sinnlichkeit, müßte sorgfältig abgestimmt werden mit dem Hauptziel Information. aber ist er längst in Gefahr, als allgegenwärtiger Schlagetot mißbraucht zu werden: gegen begriffliche Präzision, gegen Reflexion, gegen diskursive (verbale) Kommunikation ganz allgemein. Wie sehr unverbindlich und (relativ) beliebig, wie sehr nur den sichtbaren Vordergrund abbildend und alle Komplexität kausaler etc. Hintergründe verschweigend Bilder, selbst Bilderreihen, sein können, das erweist sich sogar an dokumentarischen, Texte illustrierenden Fotos a la Gorleben. Dieselben Bilder abends in den TV-Nachrichten, nur mit anderem Text unterlegt: und auch hier ergänzen sich Text und Bild vorzüglich, “stimmen überein“. Ich glaube, nichts zeigt besser die Beliebigkeit von Stand photos und ihre Nachteile gegenüber diskursiver Argumentation(die übrigens durchaus nicht “unsinnlich“ sein muß).

Ein Allerletztes noch, den neuesten Hit betreffend: COMIX. Liebe ID-ler, es hilfe Euch nichts, auch wenn Ihr Euch noch so vorsorglich im Vorspann mittels abschreckendem bürgerlichem Popanz gegen Einsprüche absichert: comic–Bildchen sind kein geeignetes Medium, um die Fähigkeit zu sinnlicher Wahrnehmung zu entwickeln *((aber,aber!!))* und/oder “progressive Inhalte“ zu transportieren (und das ist doch wohl der Zweck der Veranstaltung , oder? Sonst würde ich gleich den guten alten Batman vorschlagen!).Es ist schon wirklich so, wie Mac Luhan – oder wer auch immer – meinte: the medium's the message. Und das Medium ist nun mal vorzüglich dazu geeignet, Wahrnehmungsstrukturen zu infantilisieren. Und Phantasie abzublocken.

Das wär's. Ich hoffe, Ihr seit nicht (allzu) sauer und nehmt,s als das, was es gemeint war: als solidarische Kritik.
Mit allen guten Wünschen für weiterhin viel Spaß an/bei der Arbeit

BARBARA

Böse IDeeler!

Eure aufgesetzte, aus eurem Wolkenkuckucksheim geholte Satire könnt ihr selbst lesen. Ihr bildet euch wohl noch ein, ihr wärt geistreich dabei. Die Basis gilt euch ja sowieso nichts mehr. Ich glaub, ihr wißt gar nicht mehr, was echt Betroffene sind.

Aber ich weiß eigentlich gar nicht, warum ich mich so aufrege, ich steh sowieso auf unmittelbareren Sachen als euer langweiliges Nachrichtenblättchen. Ich hab den Idee schon lang nicht mehr gelesen. Das Radio gibt einem ein viel besseres Feeling, find ich. Deshalb hör ich fast immer Radio, auch wenn ich unterwegs bin. Und ich bin viel on the road. Dann ist mein Autoradio mein Tor zur Welt, meine Abschußrampe ins All. Heute morgen z. B.: wie soll ich dir danken, Gerhard aus Gelsenkirchen, daß du dir ausgerechnet „Too old to Rock'n'Roll, too young to die" gewünscht hast. Gerade war ich allein unterwegs nach Kirchheim/Teck. Natürlich hab ich die Platte auch zu Hause. Ich hab 2060 LPs. Aber mit dir zusammen, Gerhard aus Gelsenkirchen, ist es 100mal so schön, und wer weiß, wer noch alles mitgehört hat. Danach die Quizfrage: von wem ist „Powerfailure"? So was Leichtes! Eine Beleidigung für uns. Na ja, wir sind eben noch eine echte Familie von Betroffenen. Ich hab sofort eine Telefonzelle gesucht, aber in dieser Gegend gibt es nicht einmal eine Telefonzelle. Schon kam die richtige Lösung. Wilhelm aus Donaueschingen gewinnt jetzt eine LP. Hätte ich auch gewußt. Gary Brookers Stimme erkennt doch jeder. Für wen halten die uns eigentlich. Aber immerhin, hier kann noch jeder mitmachen und sich einbringen. Unzensiert und ungeschminkt.

Aber ihr Ideeler wißt ja gar nicht mehr, was das ist, ein Betroffenenbericht. Hier habt ihr mal einen, exemplarisch. Echt so, wie ich mich heute morgen auf der Autobahn gefühlt hab. So wie die Welt von unten aussieht, bei uns Betroffenen. Wenn wir mal zu Wort kommen, dann kommt eure Satire nicht mehr mit. Das Leben ist hart genug, eure Satire ist da glatt überflüssig. So long, keep on swinging, und hört mehr Radio!

Gerhard

Liebe IDler!

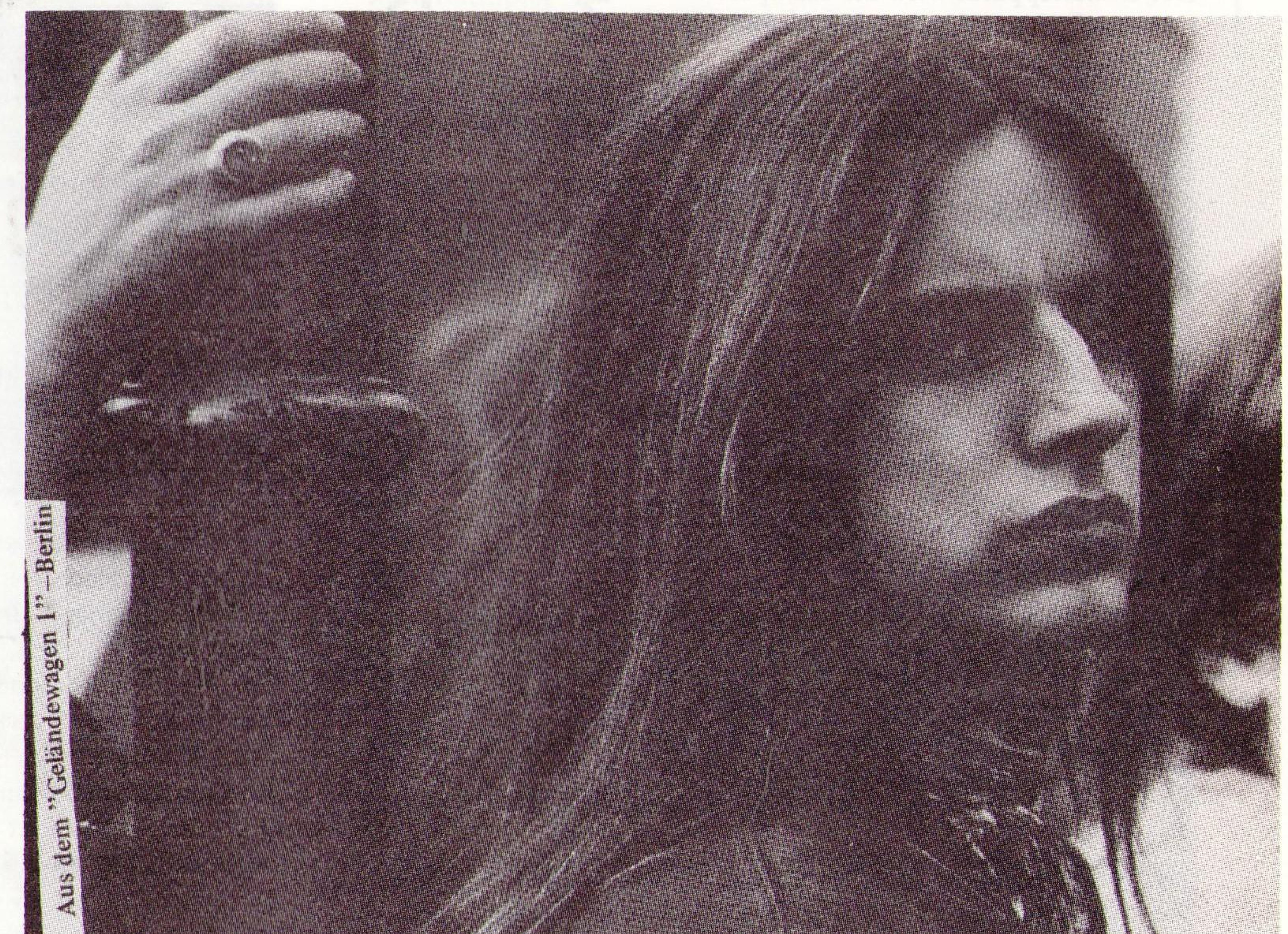
Ein verspäteter Kommentar zum ID 303. Sonntag. Elternbesuch. Meine Mutter, alteingesessene, erdverbundene Westfälin, sieht den ID 303 im Regal liegen. Ein langer Blick aufs Titelbild, nichts weiter. Eine halbe Stunde später überrasche ich sie am Tisch im ID blätternd.

Ich: **"Gefällt Dir das Titelbild? "**

Sie: **"So setzt man sich nicht hin – sieht aber nett aus. Hat er wohl nicht gewußt, daß geknipst wurde. – Schöne Beine, – und wie er lacht. Ich meine, ich wollte nur mal sehen, was Du so liest."**

TAZ hin – TAZ her.

Ich lese den ID bestimmt weiter, wenn er so gut bleibt! Anna



Aus dem "Geländewagen 1" – Berlin

ROSA MEYER-LEVINÉ IST TOT

LONDON

12.November

Jemand rief aus London an, im Auftrag von Erich Fried; die Nachricht: Rosa Meyer-Leviné ist im Alter von 89 Jahren am 11.November gegen 5 Uhr früh gestorben.

Rosa Meyer-Leviné ist bekannt geworden als Witwe von Eugen Leviné (ermordet als einer der führenden Gestalten der Münchner Räterepublik) und Ernst Meyer (KPD-Führer in der Weimarer Republik). Wie sie persönlich und politisch zu ihnen stand, ist damit kaum ausgedrückt. Sie gehörte zu denen, die in den zwanziger und dreißiger Jahren die Stalinisierung in der Kommunistischen Partei zu bremsen versuchten, mußte 1934 nach England emigrieren und nach dem Krieg trafen sich Linke von Hermann Weber über Herbert Marcuse bis Rudi Dutschke diskutierend bei ihr zum Tee.

Eine der übelsten Repressionsgeschichten gegen Teile der linken Alternativpresse in den 70er Jahren, nämlich die Staatsaktionen gegen das „Info Berliner Undogmatischer Gruppen" (BUG) und die Agit-Drucker, von denen das Blatt gedruckt wurde, ist mit Rosa Meyer-Levinés Namen verbunden. Das kam so:

Im Info-BUG sollten alle Fragen linker Politik diskutiert werden, ohne Rücksicht auf staatliche Verbote der „Gewalt"diskussion. Meyer-Levine war damals schon über achtzig; sie fühlte sich alt genug, um von keinem Prozeß mehr behelligt zu werden, und stand fortan als presserechtlich Verantwortliche im Impressum des Info-BUG! Die Polizei versuchte, herauszukriegen, wer das denn sein sollte; der Versuch mißlang: Meyer-Leviné fand sich nicht in den Computern! Und die ersten Polizisten, die Info-BUG und Agit-Druckerei mit Razzien überzogen, offenbarten noch ihre Empörung, daß da ein – ihrer Meinung nach – fiktiver Name verantwortlich zeichnete.

Im Prozeß hat der Staat die alte Frau nicht angeklagt, der Name im Impressum spielte keine Rolle mehr.

In der Lebensgeschichte Rosa Meyer-Levinés blieb die Solidarität bis zuletzt ungebrochen. Vielleicht schreibt uns jemand mehr, und Angemesseneres, über sie.

Hausbesetzung in KRANKFURT

KOMMANDO – ERKLÄRUNG

Heute haben wir aus Wut und Haß
zwei Häuser in der
Bockenheimer Landstraße
militant besetzt.

Die kapitalistisch produzierte
Wohnungsnot treibt den
Verelendungsprozeß dramatisch
voran und zwingt
die Massen in den
anti-imperialistischen Kampf.

Das Kommando Schwarzes Treppenhaus
ist die Avantgarde dieser entstehenden
Massenbewegung.
Der Bullenapparat wird die Kämpfer
mit seinen faschistischen Methoden
verfolgen und vernichten wollen.

Das kann uns nur noch entschlossener
machen.

Wir werden nie aufgeben ·

WOHNEN oder

BESIEGT WERDEN!

KOMMANDO SCHWARZES TREPPENHAUS

Häuser besetzen,
Mieten nicht bezahlen!

14.42 Uhr

WARUM WIR 2 HÄUSER BESETZT HABEN

Frankfurt 13. November — Wir, einige Studenten, haben heute die leerstehenden Häuser Bockenheimer Landstraße 140 und 142 besetzt.

Warum?
Seit Tagen und Wochen häufen sich die Pressestimmen, die über fehlenden Wohnraum für kinderreiche und sozialschwache Familien, Ausländer, unverheiratete Paare, ältere Bürger, Studenten und Wohngemeinschaften klagen. Die Zerstörung unserer Wohnbereiche durch Straßen, U-Bahnen, Hochhausbauten und Abriß schöner alter Wohnhäuser ist ein bekanntes Phänomen. Das Westend kann ein Lied davon singen!
Schon einmal wurde die Zerstörung von Wohnraum öffentlich, 1974 im Häuserkampf. Bereits damals wurde versucht, die alten Häuser zu erhalten, den Vormarsch der Betonklötze zu stoppen.
Und Heute?
Heute macht sich eine neue Art von Spekulation und Wohnraumvernichtung breit. Alte Häuser werden "saniert" (mit Bundesmitteln), billige Großraumwohungen in Kleinwohnungen unterteilt und z.T. als Eigentumswohnungen, z.T. zu überhöhten Preisen wieder auf dem Wohnungsmarkt angeboten. Dadurch wird die alteingesessene Bevölkerung in Wohngettos außerhalb der Stadt vertrieben und Lebenszusammenhänge gewaltsam zerstört.
Und wo bleiben wir?
In die Betonkabinen der Studentenwohnheime wollen wir nicht, die teuren Kleinwohnungen kriegen wir nicht und die Art, wie wir zusammenleben, lassen wir uns nicht von dem Wohnungsmarkt und Spekulanten vorschreiben. Unseren Vorstellungen vom Zusammenleben steht in Frankfurt einiges entgegen. Das fängt an mit dem geringen Angebot billiger Großraumwohnungen, setzt sich fort über die Schlangen am Rundschau-Haus, dem Kampf um die Telefonzellen, dem Schlangenstehen beim Vermieter, dem Abgewiesenwerden beim Makler,...
Studenten versprechen hohe Vermittlungsprämien, treten als Verheiratete auf, verleihen sich Doktortitel, sprechen von hohem Einkommen und versuchen mit allem noch solider, noch seriöser zu erscheinen.
Wir machen da nicht mehr mit. Wir sind kein seriöses Ehepaar, wir haben keinen 3.000,-- DM-Job,...
Wir haben es satt, uns von jedem Vermieter sagen zu lassen: Studenten? - nein danke, Ausländer? - die Wohnung ist leider schon vermietet, Kinder? - die machen viel zu viel Krach.
Man läßt uns keine andere Wahl!
Warum gerade diese Häuser?
Die Bockenheimer 140 und 142 gehören der Uni. Seit geraumer Zeit stehen sie leer. Wir meinen: die Uni hat, genauso wie jeder andere Hausbesitzer, kein Recht, Wohnraum leerstehen zu lassen oder zweckentfremdet zu verwenden.
Hinzu kommt: 1972 wurden die Wohnhäuser in der Jügelstraße unter Polizeigewalt geräumt und abgerissen. An deren Stelle wurde das Sozialzentrum gebaut, in das alle bisher in Wohnhäusern befindlichen Unistellen einziehen sollten. Die dadurch freigewordenen Räume sollten dann wiederum Studenten als Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.
Leere Worte!!! Daher soll diese Aktion auch die Uni an ihre soziale Verantwortung gegenüber uns, den Studenten erinnern.
Wir verlangen als erste Schritte:

- **Mietverträge und annehmbare Mieten (15% vom BaFöG) für die Bockenheimer 140/142**
- **Anmietung leerstehender Häuser durch die Uni und Weitervermietung an Studenten, WGs**
- **Weiterführung des Broßwitz-Heimes und keine Mieterhöhung in Studentenwohnheimen**

PROFESSOR LÖWENHEIM UND DIE FÜRSORGEPFLICHT

Frankfurt
13. November

Erste Reaktion des herbeigeeilten Uni-Vize-Präsidenten Professor Löwenheim (gleichzeitig Vizepräsident vom Vorstand des Studentenwerks, dessen Funktion die Verwaltung und Vermietung von Wohnzellen an Studenten ist), war die Frage: "Was haben Sie sich dabei gedacht? ", als er im Beisein eines Beraters in eines der besetzten Häuser zur Verhandlung erschien. Nachdem er auf die auch ihm bekannte Wohnungsnot der Studenten und die seit einem halben bis dreiviertel Jahr leerstehenden Gebäude hingewiesen wurde und schließlich er mit der Fürsorgepflicht der Universität hinsichtlich der Wohnsituation bekannt gemacht wurde, sagte er lediglich, daß er dies ja alles kenne, aber auch nichts ändern könne. Außerdem müsse erst einmal darauf geachtet werden, daß jedem Studenten ein ordentliches Studium gewährleistet werden müsse und die Räume hier in den besetzten Häusern bereits als Seminarräume vorgesehen seien.


Prof. Löwenheim (2.v.lks.) nach der Verhandlung

Alles lachte, denn jeder konnte sehen, daß die Räume für Seminare viel zu klein, zum Wohnen aber gerade noch ausreichend sind. Später räumte er ein, hier (in der Nr. 142) kämen zwei Dekanate (u. a. Geschichte) und zwei Prüfungsämter hinein. Im Nebenhaus sei ein neuer Studiengang "Neue Pädagogik Dritte Welt" vorgesehen.
Man müsse auch erst einen Riß in der Häuserwand beseitigen, denn die Bauaufsicht verbiete den Aufenthalt von mehr als 4 Personen. Er würde da nicht hinein wollen.
Auf die Frage, ob denn die Prüfungsämter jetzt auf der Straße liegen würden und was mit diesen Räumen geschieht, antwortete er, dort würden dann Seminare stattfinden.

Ich wurde den Eindurck nicht los, daß er noch niemals in einem dieser ebenfalls für Seminare zu kleinen Räumen anwesend war oder er noch nie einen Seminarraum von innen gesehen hat. Ebensowenig konnte er mit Bestimmtheit sagen, ob denn die Raumkapazitäten der Uni tatsächlich schon voll ausgenutzt sind. Daß die Uni-Bürokratie Räume der neugebauten Mensa kommerziell an einen Buchladen und an die Deutsche Bank vermietet hatte, begründete er mit dem Nutzwert für die Studenten (!), wo doch jeder hier weiß, daß es nur so von Banken wimmelt. An Versprechungen des damaligen Uni-Präsidenten Kantzenbach, den 1972 brutal geräumten Bewohnern der Jügelstraße Ersatzwohnraum zu beschaffen, konnte er sich auch nicht mehr erinnern. Ebensowenig schien es ihn zu interessieren, daß die Bewohner des Studentenwohnheims Broßwitzstraße rausgeklagt werden/wurden, weil die Renovierung des Hauses unrentabel sei. Während 6.500 m^2 Uni-Nutzfläche in der nächsten Zeit abgerissen werden soll, ist nur ein Bruchteil dessen an Neubauten geplant. Bei der Bodenknappheit liegt der Verdacht nahe, daß auch diese beiden besetzten (und inzwischen geräumten) Häuser demnächst abgerissen werden, um einem Betonklotz Platz zu machen. Außerdem sind an dieser Stelle die für den U-Bahn-Bau wichtigen Rückverankerungen der Baugrubenumschließungswände sowie ein 1000 m langes Bahnsteiggelände lt. Plan der Ausbaustrecke C vom Stadtbahnbauamt unterirdisch vorgesehen. Mit anderen Worten: Abreißen wäre rentabler ...
Doch zurück zur Verhandlung. Auf das Angebot von Rechtsanwalt Kremer, Alternativen von leerstehenden Räumen an der Uni zu durchforsten und die Besetzer erst einmal drin zu lassen und dann erneut verhandeln, ignorierte Prof. Löwenheim und bestand auf Räumung. Ob er einen brutalen Bulleneinsatz in Kauf nehmen wolle (siehe Punkt Fürsorgepflicht), gab er keine Antwort mehr und brach die Verhandlung ab.
Anscheinend besteht die Fürsorgepflicht der Uni-Bürokratie nur darin, seinen Studikern das BaFöG über die Deutsche Bank überreichen zu lassen (alles ohne Gewehr!), um dadurch ein ORDNUNGsgemäßes und in aller RUHE gesichertes Studium möglichst schnell durchzuziehen, zu gewährleisten.
Wo 28.000 Studenten und Uni-Bedienstete wohnen sollen, geht ihnen anscheinend ebensosehr über den geistigen Horizont, wie die Notwendigkeit des Mundraubs, wenn es um menschenwürdiges Wohnen geht.
Noch ein Satz zum Schluß: "Der Mensch leidet", nach Hegel, "an Untergewicht - bis er an Gewohnheit stirbt". Wir haben aber keine Lust, an Gewohnheit zu sterben. Wir wollen L E B E N !

Don Camillo/ID



Das ist unser Haus...

12.05 Uhr

13.20 Uhr

'Steigt hier eine Fete? '



Das Haus ist besetzt

Ihr da drinnen, wir da draußen

16.30 Uhr

16.05 Uhr

Auch wir brauchen Wohnraum!

BERICHT AUS DEM HÄUSERINNERN

Von einem, der bei der Hausbesetzung dabei war.

Frankfurt, 14.11.79

Während die Verhandlungen mit der Unibürokratie liefen, hat sich bei uns eine gute Stimmung über die geglückte Besetzung verbreitet.

In die verlassenen Räume war plötzlich Leben eingekehrt. Es haben sich rasch Diskussionsgruppen gebildet über die weitere Organisation der Besetzung. Mit dem zum Teil noch vorhandenen Mobiliar richteten sich einige schon gemütlich ein; andere begutachteten die Räume und waren immer wieder erstaunt, daß die Wohnungen noch völlig intakt waren. Wir hätten sofort einziehen können. In einem der beiden Häuser standen im ersten Stock die Leute an der Lautsprecheranlage Schlange, um Erklärungen und gute Wünsche zum Gelingen der Aktion abzugeben. Zwischendurch wurde die Bockenheimer zur Freiluftdisco. Aber die Ungewißheit verbreitete oft Lähmung und Nervosität, weil wir abwarten mußten, was da so kommt.

Nach 15.00 Uhr kam Hektik auf, denn die Verhandlungen wurden abgebrochen und die Leute, die an ihnen teilnahmen, kamen rüber um zu berichten. Die Lage war, daß die Uni-Spitze uns ein Ultimatum stellte.

Entweder wir verlassen das Haus freiwillig, wozu man uns billige und leere Versprechungen machte oder es wird um 16.00 Uhr geräumt. Die Bullen waren bis dahin im Hintergrund geblieben, regelten sozusagen den Verkehr auf der Bockenheimer Landstraße. Einigkeit herrschte schnell darüber, daß wir nicht auf solche Zugeständnisse, wie eine Beschaffung von Ersatzraum bei freiwilliger Räumung,eingehen wollten, weil das Hinhaltetaktik ist. Wir bleiben drin, sollen sie uns doch rausschmeissen, war dann beschlossene Sache. Wir wollten aber keinen Putz,und es wäre auch schwachsinnig gewesen, denn die Massen warens nicht gerade, die den anrückenden Hundertschaften draußen entgegenstanden. Und drinnen wäre es vermutlich zu katastrophalen Prügelorgien gekommen. Also passiver Widerstand wurde beschlossen; Einhaken und Hinsetzen, abwarten und raustragen lassen.

Die Bullen kamen angerückt wie gewohnt, zuverlässig-pünktlich und geordnet. Ca. 12o Leute sangen und klatschten und nach ' ner Weile begann die Zeremonie. Die ersten wurden zu unserer Überraschung höflich aufgefordert, sich doch nach draußen zu begeben und zwecks Personalienfeststellung den Ausweis bereit zu halten. Aber so wollten wir doch nicht unsere Häuser verlassen. Entweder wir gehen jetzt alle zusammen raus oder wir lassen uns raustragen, wurde dann erst mal klargestellt.

Also ließen wir uns anschließend nur noch raustragen. Die Herren hatten damit so ihre Arbeit. Zwischendurch versuchte ein Bulle, seine Stärke zu beweisen und versuchte die Leute am Kopf wegzuziehen, woraufhin wir heftig protestierten. Und unvermittelt wurde er nach draußen abkommandiert. Für uns war das alles ziemlich überraschend, wie soft diese Typen mit uns umgingen. Kannten wir doch eigentlich die anderen "Qualitäten" dieser Herren zur Genüge.

Und einige von uns meinten vorher auch zurecht, ich kann meine Toleranzgrenzen bei denen nie so gut einschätzen.

10 Leute mußten aufs Revier, weil sie sich nicht ausweisen konnten. Nach einer Stunde war die Geschichte vorbei. Was vielen von uns aber am meisten Schwierigkeiten machte, draußen haben die Leute eigentlich zu keiner Zeit versucht, angemessen auf die Räumung zu reagieren. Die Polizei war es, die die Straße absperrte und leider nicht die Demonstranten, die den Verkehr lahmlegten, um ein Chaos zu verursachen. Da wäre doch was möglich gewesen.



Kurz nach der Besetzung

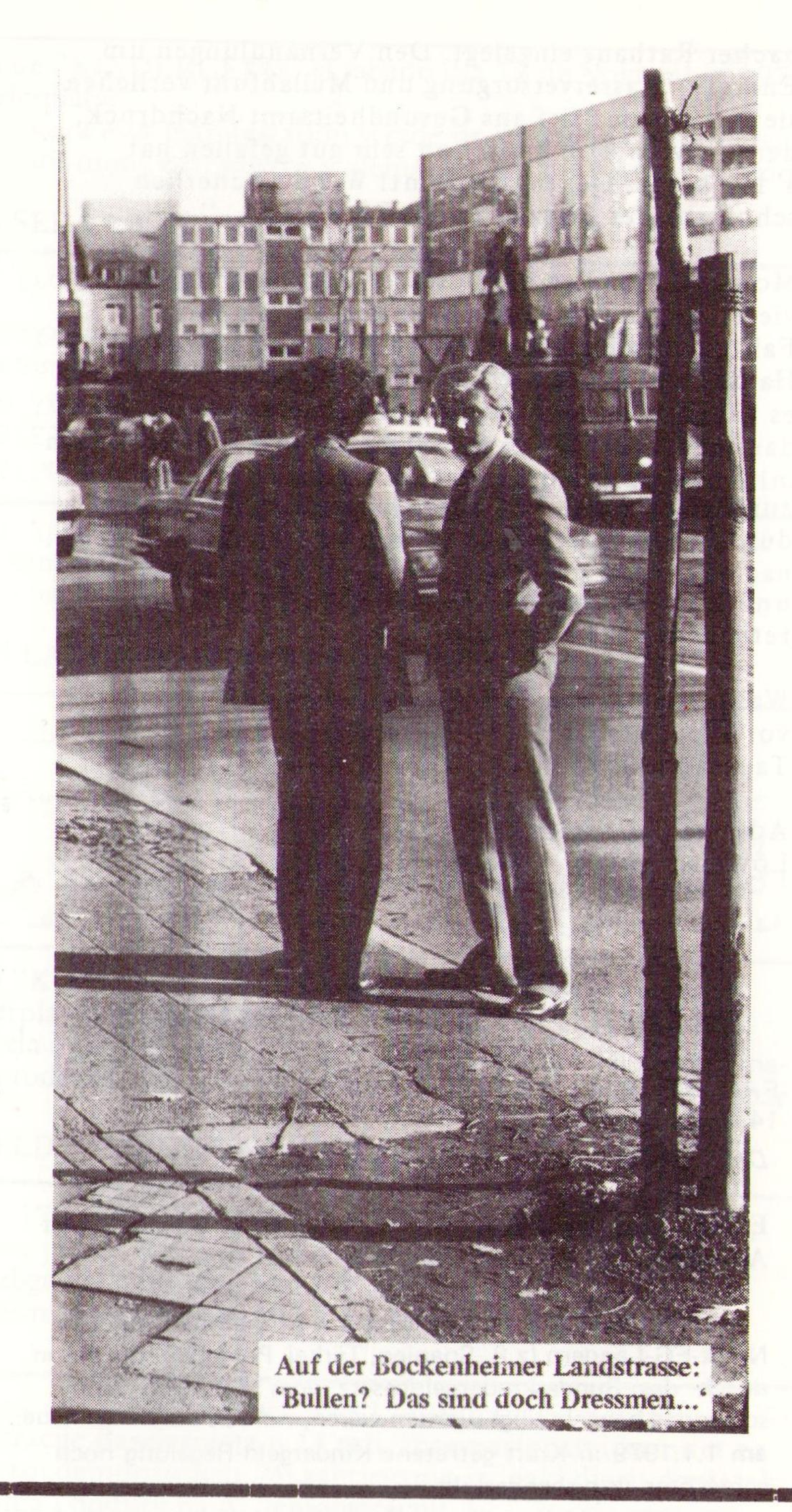
DIE PEINLICHKEIT FÜR DIE HAUSBESITZER – ODER WAS?

Die Unibürokratie versuchte mit einer Reihe von taktischen Argumenten die Verhandlungsziele der Hausbesetzer abzuwürgen. Einerseits, so sagte sie, bringe sie Verständnis dafür auf, weil sie selbst die Kampagnen zur Verbesserung der miserablen Wohnsituation für ihre Studenten in Frankfurt mitinitiierte; andererseits aber könne sie sich politisch, rechtlich nicht erlauben, daß ihre eigenen Häuser plötzlich Gegenstand der praktischen Lösung dieser Probleme sein sollten. Durch die Hausbesetzung sollte unter anderem auch diese Kampagnenpolitik der Uni legitimiert werden.

Unipräsident Kelm übte sich weiter in Strategie und Taktik. Er versuchte abzulenken, indem er die Kompetenzen verschob. Die Uni könne nicht mit einem besetzten Haus im Rükken in die Verhandungen mit Kultusminister Krollmann treten.

Die Vergabekompetenz von unieigenem Wohnraum hat aber in diesem Fall, so stellte sich heraus, Kelm und nicht der Kultusminister.

Ein weiterer Versuch der Abwiegelung zielte darauf ab, die Besetzer mit einem ‚Angebot' zur freiwilligen Räumung zu bewegen. Man wolle die Dekanate und Prüfungsämter, die in den besetzten Häusern vorgesehen waren, in andere, bis jetzt nur angemietete Häuser auslagern. Allerdings müsse man sich dabei erst um finanzielle Zuwendungen der Landesregierung bemühen, damit diese Räumlichkeiten dann gekauft weden können. Nachdem das immer noch nichts nützte und Kelm in Bedrängnis geriet, war endlich die Katze aus dem Sack. Die Häuser würden in zehn Jahren ohnehin dem geplanten U-Bahn-Bau weichen müssen und wären deshalb von vornherein für die Zukunft wertlos. Fazit: Die Uni will nicht in Bedrängnis geraten, daß sie ihre von Studenten besetzten Häuser am Schluß auch noch behalten muß (nach dem Beispiel der Frankfurter Wohnheim GmbH). Außerdem könnte dies für Frankfurt wieder Schule machen und es wird befürchtet, daß sich nach gutem Beispiel eine Welle von derartigen Aktionen entwickeln würde, die eine neue Politisierung und eine Heraufbeschwörung der 74er Verhältnisse (Häuserkampf) bewirken könnte. Die schlechte Wohnraumsituation würde damit zum Faktotum. Ja, Herr Kelm und Co., wir werden sehen, was sich machen läßt!



Auf der Bockenheimer Landstrasse: 'Bullen? Das sind doch Dressmen...'

DIE HAUSBESETZER IN OFFENBACH:

Lieber chaotisch erotisch, als straight und blehd!

Offenbach, 13.November

Nach 4 Wochen harter Hausbesetzung in der Löwenstraße hat sich gestern zum ersten Mal der Hauseigentümer mittels seines Advokaten gemeldet. Er schlägt den Besetzern einen pfiffigen Deal vor, weil sich gegen ein 'Paket' von Zusagen und Verpflichtungen der Besetzer bei den Stadtwerken dafür einsetzen, daß in der Löwenstraße wieder Strom, Gas und Wasser fließen und der Müll wegkommt.

Hintergrund des Kuhhandels: die (sichere?) Einschätzung des Eigentümers, bis nächsten April eine Abrißgenehmigung in der Tasche zu haben.

Die Besetzer sollen sich:

1. für alle Schäden am Haus und auf dem Grundstück verantwortlich erklären, er als Eigentümer also von der Haftungspflicht entbunden werden.
2. verpflichten, eine 'symbolische Nutzungsgebühr' zu zahlen,
3. der Hammer: zusichern, im Falle der Abrißgenehmigung ab April '80 das Haus 'friedlich' zu räumen.

Die Besetzer blieben ebenfalls nicht untätig und entwickelten einen Haufen phantasievolle Ideen und Aktionen, um weitere Öffentlichkeit zu schaffen. Neben Unterschriftensammlungen pflegen sie den Kontakt mit der meist interessierten und sich teilweise solidarisierenden Nachbarschaft durch bisher 2 Feste im Garten, durch Spiele für die Nachbarskinder und einen Rundbrief, der um Verständnis werben soll, vor allem für die Lärmbelästigung, die sich aus nächtlichen Überfällen unliebsamer 'Besucher' ergeben. Da wurden aus einem fahrenden Auto Steine und Flaschen gegen das Haus geworfen, ein Besetzer verletzt, eine Scheibe ging zu Bruch und mehrere Autos der Bewohner wurden beschädigt.

Als einer der Besetzer ihnen mit dem Auto nachfuhr, um das Kennzeichen festzustellen (sie waren zugeklebt), wurde er von ihnen sogar beschossen. Die Besetzer antworteten mit Strafanzeigen und haben ihrerseits schon einen 'Besuchstag' im Offen-

bacher Rathaus eingelegt. Den Verhandlungen um Energie - Wasserversorgung und Müllabfuhr verliehen sie mit einem Brief ans Gesundheitsamt Nachdruck, der uns vom Ton her schon sehr gut gefallen hat a' la "Liebes Gesundheitsamt! Wie du sicherlich schon aus der Lokalpresse erfahren hast..."

Momentan wollen die Besetzer jetzt das Haus renovieren und sich gemütlich einrichten, um jetzt Fakten zu schaffen, die ihren Anspruch auf das Haus noch mehr unterstreichen sollen. Bisher war es halt etwas chaotisch und unbequem. Auch wird daran gedacht, das Frankfurter Wohngruppenzentrum miteinzubeziehen, das entweder als offizieller Mieter zur Verfügung stehen oder finanziellen Rückhalt durch Bürgschaften bieten soll. Überhaupt soll mehr nach außen getragen werden, z. B. über Kontakte und Zusammenarbeit mit der Kölner Wohnraumrettungsgesellschaft usw.

Was unsere Kollegen noch so brauchen:
vor allem praktische Mithilfe, Farbe, Pinsel, Tapeten und Kohlen, nicht nur für die Holzöfen!

Adresse des besetzten Hauses:
Löwenstraße 36, Offenbach

HEUTE DAS KINDERGELD MORGEN VIELLEICHT DIE RENTEN

FRANKFURT
14.November

Das "Kindergeld-Komitee" informiert:

Entwicklung der Kindergeld-Regelung für die ausländischen Arbeiter.

Die ausländischen Arbeiter und ihre Familien aus den Nicht-EG-Ländern (z.B. Spanien, Türkei, Portugal), die schon durch das Bundeskindergeldgesetz vom 6.2.1975 aufs schwerste benachteiligt worden waren, werden durch die neue, am 1.1.1979 in Kraft getretene Kindergeld-Regelung noch schlechter als bisher gestellt.

Bis 1975 erhielten die ausländischen Arbeiter aus den Nicht-EG-Ländern für alle ihre Kinder, gleichgültig, ob diese in der Bundesrepublik oder im Heimatland lebten, das gleiche Kindergeld wie die Deutschen.

Ab 1975 erhielten die ausländischen Arbeiter aus den Nicht-EG-Ländern für ihre Kinder, die sie in ihrem Heimatland gelassen hatten, nur noch ein stark reduziertes Kindergeld. Jedoch bekamen diejenigen ausländischen Arbeiter, die sich bereits 15 Jahre in der Bundesrepublik aufhielten, auch für ihre in der Heimat wohnenden Kinder den vollen Kindergeldbetrag.

Ab 1.1.1979, ausgerechnet im Jahr des Kindes, wird den ausländischen Arbeitern, die sich 15 Jahre in der Bundesrepublik aufhalten, der bisher zustehende Rechtsanspruch auf das volle Kindergeld auch für ihre in der Heimat lebenden Kinder gestrichen.

Diese neue Regelung ist sinnigerweise zu einem Zeitpunkt getroffen worden, zu dem eine beträchtliche Zahl der ausländischen Arbeiter die Aufenthaltsdauer von 15 Jahren in der Bundesrepublik erreicht.

Nach der neuen Kindergeld-Regelung bekommen alle ausländischen Arbeiter, ob sie 1, 5, 10, 15 oder 20 Jahre in der Bundesrepublik wohnen, für ihre in der Heimat lebenden Kinder ein sehr viel geringeres Kindergeld als die Einheimischen.

Dieser Sachverhalt wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

für das 1. Kind	10,- DM	anstatt	50,- DM
für das 2. Kind	25,- DM	anstatt	100,- DM
für das 3. Kind	60,- DM	anstatt	200,- DM
für das 4. Kind	60,- DM	anstatt	200,- DM
für das 5. Kind	70,- DM	anstatt	200,- DM

Das heißt zum Beispiel:
Bei drei Kindern verliert eine ausländische Familie im Monat DM 255,-.

Ausländische Arbeiter aus den untypischen Anwerbeländern (wie z.B. Marokko und Tunesien) bekommen für ihre in der Heimat lebenden Kinder überhaupt kein Kindergeld.

Zu Lasten der ausländischen Arbeiter spart die Bundesrepublik jeden Monat zwischen 50 und 100 Millionen DM ein. Dies ist eine große Ungerechtigkeit!

Die ausländischen Arbeiter leisten die gleichen Steuerzahlungen und Sozialversicherungsabgaben wie die Einheimischen, Deshalb haben sie auch ein Recht darauf, das volle Kindergeld für alle ihre Kinder zu erhalten.

Kommt zur Demonstration am Samstag, den 17. November 1979, um 11 Uhr in Frankfurt, Baselerplatz.

Kontakt:
Detlef Lüderwaldt, Odenwaldring 38, 6072 Dreieich.

14.11.79 BU GÜN ÇOCUK PARASI BELKİDE YARIN EMEKLİLİK
Yabancı İşçilerin çocuk parasındaki değeşiklikler.

Avrupa ortak pazar dışındaki ülkelerin (Örneğin: İspanya, Türkiye, Portekiz) 6.2.I975 deki Çocuk parasıxx kanunu I.I.I979 senesinde biraz daha sıkı değişikliğe uğratılarak kısıtlanmağa çalışılıyor.

I975 senesinde ortak pazar ülkeleri içinde olsun olmasın her yabancı işçi çocukları almanya içerisinde olmadığı halde aynen bir Alman işçisi ile aynı oranda çocuk parası alırdı.

I975 senesinden sonra ise Avrupa ortak pazar ülkelerinin dışındaki yabancı işçilerine verilen çocuk parası verilmesi kısıtlanmıştı. I5 sene çalışmış olanlara biraz veriliyordu.

I.I.I979 senesi çocuk yılı olmasına rağmen bu sene çocuk parası tamamen değişik bir şekilde kaldırılmağa çalışılıyor. I5 sene Almanyada çalışmış bir yabancı işçiye tamamen verilmemeğe başlandı.

Sonradan bu yeni çocuk parası kanununa göre bütün yabancı' işçiler I.5.IO.I5.veya 20 senelik olsun çocuk parasından tamamen kısıtlanmağa girişilmişti.

Aşağıdaki yazıda durum açıkça belirtiliyor.

I.çocuk içinIO DM yerine 50DM
2.çocuk için 25 DMyerine IOODM
3çocuk için 60 DM yerine 200DM
4çocuk için 60 DM yerine 200DM
5.çocuk için 70 DM yerine200DM

Bu demektirki:, Örneğin
Üç çocuklu bir aile
bir aylik çocuk parasında
ki kaybı: 255 DM

Yabancı işçiler arasında çok az olanlar (örneğin: Marokko-Tunus) bunları pek aramamaktadır, Çünki bunlar zaten çocuklarını Almanyaya getirmemektedirler.

Yabancı işçilerin bırakmış oldukları çocuk parasından gelir, Alman hükümetine ayda ortalama 50 ile IOO milyon Marktır Her yabancı işçilerde aynı Alman işçileri ile eşit oranda vergi ve sigorta parası veriyorlardı, ve çocuk parasıda alman işçileri gibi tabii haklarıdır,

Biz işçilerin davası olan çocuk parası davamızı ve bu davamızdan vazgeçmeyeceğiz. Bu gösteriyorki gelecekte çeşitli sebep- - lerden dolayı Yabancı işçilerin vergilerinin ve Emeklilik haklarının kesileceği kanısına varılıyor.

GELİN HEP BERABER I7 KASIM GÜNÜ SAAT II de FRANFURT'taki BASELERPLATZ'da YÜRÜYÜŞE KATILALIM.

BU YÜRÜYÜŞÜMÜZ ALMAN VE YABANCI İŞÇİLERİN ÇOCUK PARASI İÇİN!

E	Manifestación contra la ley discriminatoria de "KINDERGELD" el sabado dia 17 de Noviembre 1979 em Frankfurt. Salida a las 11 horas en Baselerplatz. El comité internacional de "Kindergeld" convoca esta manifestatión y pide una participación masiva. Exigimos el mismo "Kindergeld" para todos los ninos extranjeros y alemanes. Vamos participar todos en la manifestation. HOY ES EL "KINDERGELD", MANANA SERÁ LA "RENTA".
GR	Διαδήλωση ἐνάντια στίς διακρίσεις γιά τά ΚΙΝΤΕΡΓΚΕΛΤ Τό Σάββατο 17 Νοεμβρίου 79 στήν Φραγκφούρτη καί ὥρα 11οο ἐκκίνηση ἀπό Baselerplatz Ἡ Διεθνής πρωτοβουλία γιά τά ΚΙΝΤΕΡΓΚΕΛΤ σᾶς καλεῖ νά πάρετε μέρος στήν διαδήλωση γιά ἴδιο "ἐπίδομα Τέκνων" γιά ξένους καί Γερμανούς. καί ἐνάντια στίς ΔΙΑΚΡΙΣΕΙΣ σέ βάρος τῶν παιδιῶν μας. ΣΚΕΨΟΥ : Σήμερα μᾶς τρῶνε τά ΚΙΝΤΕΡΓΚΕΛΤ - αὔριο ἴσως τίς συντάξεις μας
I	Il Comitato internazionale "KINDERGELD" (per gli assegno familiari) ti invita a partecipare alla dimonstrazione contro la discriminazione dei bambini stranieri. NOI ESIGIAMO lo stesso "Kindergeld" per i bambini stranieri che per i tedeschi. Solidarizza con noi per la dimostrazione! Pensaci: OGGI IL KINDERGELD DOMANI LA PENSIONE
Mar	- تعويضات الأولاد - المظاهرة - يوم السبت 17 نونبر 1979 في مدينة فرنكفورت. الموعد الساعة 11 تعويضات الأولاد جنسية الدولة [illegible] [illegible]
P	Manifestação contra a lei discriminatória do "KINDERGELD", no sábado, dia 17 de Novembro de 1979 em Frankfurt. Concentração na Baselerplatz, às 11 horas. O comité multinacional do "Kindergeld" apela à participação na manifestação contra a lei discriminatória. Exigimos o mesmo "Kindergeld" para todas as crianças, estrangeiras e alemãs. Vamos participar todos na manifestação ! NÃO SE ESQUEÇA: HOJE O "KINDERGELD" AMANHÃ A REFORMA.
TK	COCUKPARASI ICIN BÜYÜK YÜRÜYÜS, 17 Kasim 1979 Cumartesi Saat: 11.00 de Frankfurt'ta THY' lari karsisindaki Baselerplatz da bulusu yoruz. Yabanci iscilerin olusturdugu cocukparasi komitesi hepinizi cocuk paralarindaki haksizliga karsi bu yürüyüse katilmaga cagirir. - Yerli ve yabancilara esit cocuk parasi, - Unutmayalim bugün cocuk parasi yarin emeklilik-Haydi yürüyüsle dayanismaya.
YUG	Demonstracija protiv diskriminirajuceg zakona o DJECJEM DOPLATKU u subotu 17. novembra 1979 u Frankfurtu/M. Sastanak i pocetak demonstracije Baselerplatz u 11 sati. Internacionalni komitet za djecji doplatak poziva Vas, da sudjelujete na toj demonstraciji. Mi zahtjevamo jednaki djecji doplatak za strance i za Njemce. Solidarizirajte se s nama i dodjite na tu demonstraciju .

VOR FÜNF JAHREN: DIE AUSLÄNDERBEWEGUNG FÜR GLEICHES KINDERGELD

Im Sommer 1974, als die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Nicht-EG-Ländern über die niedrigeren Kindergeldsätze begannen, wurden erste Proteste der Emigranten laut. Zunächst wurden diese Proetste gegen die erneute Diskriminierung von den karitativen und kirchlichen Organisationen aufgegriffen. Nationale politische Gruppen und Parteien wurden angesprochen, man gründete in vielen Städten der Bundesrepublik multinationale Kindergeldkomitees. Hauptsächlich getragen wurden diese Komitees von den spanischen und türkischen Organisationen. Die Gewerkschaft nahm nicht Stellung. Unter den Parolen: „Gleiches Kindergeld für alle" und „gegen Diskriminierung" sollten zunächst regionale Demonstrationen und dann, am 17.November, eine nationale Demonstration in Frankfurt stattfinden.

Die regionalen Demonstrationen schufen eine breite Öffentlichkeit für das Problem Kindergeld unter den Emigranten und nicht zuletzt sie bewirkten, daß sich jetzt Gruppen von unorganisierten ausländischen Arbeitern zusammenfanden und autonome Initiativen auf die nationale Demonstration hin, aber auch weitergehende Perspektiven entwickelten.

Alle diese Komitees und nicht zuletzt die autonomen Gruppen von Emigranten waren das organisatorische Rückgrat der Kindergeld-Demonstration, sie ermöglichten ihre Massenhaftigkeit. Am 17.November kamen mehrere tausend Emigranten nach Frankfurt. Es wurde eine der schönsten und machtvollsten Demonstrationen, die es in Frankfurt je gab. Man wundert sich, warum dies so war, denn – durchgesetzt wurde nicht eine der Forderungen, die gerufen wurden. Trotzdem, erinnern wir uns: Krise bedeutet nicht nur weniger Geld, Krise bedeutet auch und vor allem: Angst, Spaltung, Vereinzelung. Die Kindergeld-Demonstration hat aber gezeigt, daß es nicht so einfach möglich ist, die Bewegung der Emigranten zu zerschlagen. Da waren tausende – und während der Demonstration wurden es immer mehr – Ausländer und auch Deutsche, die riefen: „Keine Entlassungen – mehr Kindergeld!", „Weniger Steuern – mehr Kindergeld!" „Gleiche Steuern – gleiches Kindergeld!", „Die Arbeiter haben immer recht!" und „La solucion, la revolucion!"

Der Angelpunkt der Demonstration war das Kindergeld, sie wurde zu einer Demonstration gegen die Krise, gegen die Spaltung, gegen die gesamten Lebensbedingungen in der BRD, gerade jetzt während der Krise. Und sie setzte Punkte, an denen weitergekämpft werden wird; bei Entlassungen, dem neuen Fabrikterror, dem verschärften Wohnheimterror, auf dem Arbeitsamt.

(teilweise aus der „Wir wollen alles", 1974)

Brokdorf-Prozeß

Fortsetzung ab 26. November

SCHLESWIG
Oktober 1979

Die Vorgeschichte. Und die Trickkiste.

Als am 26.10.1976 die Polizei das Baugelände des geplanten Atomkraftwerks bei Brokdorf besetzte, hatten die Antragsteller, Hamburgische Elektrizitätswerke (HEW) Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) und Kraftwerkunion (KWU) vom Sozial- wie auch vom Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein eine 1.Teilerrichtungsgenehmigung erhalten.
Mit zwei großen Demonstrationen am 30.10. und 13.11.1976 haben Tausende gegen den Bau eines AKW in Brokdorf protestiert.
Mit Unterstützung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (B UU) haben unter anderen 9 Einzelkläger und 4 Gemeinden aus der Umgebung des Standortes Klage erhoben und einen Baustopp-Antrag gestellt. Das Verwaltungsgericht Schleswig (VG Schleswig) hat den Baustopp im Dezember 1976 angeordnet, und das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG Lüneburg) hat ihn im Oktober 1977 bestätigt, begründet mit der ungeklärten Entsorgung.
Fast 3 Jahre nach dem Baustopp, im Sommer 1979, haben die Antragsteller (HEW, NWK und KWU) nun das VG Schleswig aufgefordert, jetzt über die Klage zu entscheiden.
An den ersten vier Verhandlungstagen im Brokdorf-Prozeß wurde deutlich, daß das Gericht das Verfahren möglichst problemlos durchziehen wollte, um rasch zu einer Entscheidung zu kommen. Der Termin war äußerst kurzfristig angesetzt worden, die Verhandlung fand in gedrängter Form statt (bei keinem Verfahren sonst ist es üblich, daß eine ganze Woche ohne Pause verhandelt wird). Das Gericht wollte nur die Behördengutachter hören und meinte wohl, damit sei es getan. Diese Rechnung ging aber nicht auf.
Erstens hatten wir von der Prozeßgruppe noch in aller Eile eine Klageschrift angefertigt, die in ihrer Themenstellung weit über die Themen der Behördengutachter hinausgeht.
Zweitens haben die Kläger darauf bestanden, in der Verhandlung nicht nur ihren Rechtsanwalt und die Wissenschaftlichen Beistände sprechen zu lassen, sondern sich selbst zu vertreten und ihre Betroffenheit und ihre Interessen vorzutragen. (Dies hatte am ersten Tag dazu geführt, daß die Kläger unter Protest den Saal verließen, weil das Gericht ihnen nicht das Wort erteilen wollte. An den folgenden Tagen jedoch haben sie mehr und mehr selbst in der Verhandlung das Wort ergriffen).
Drittens zog sich die Befragung der Behördengutachter ungeheuer in die Länge, weil die meisten von ihnen unseren gezielten Fragen auswichen und wir sie teilweise etwas unsanft in die Zange nehmen mußten.
Viertens kamen sich die verschiedenen Klägergruppen ins Gehege, und es wurde klar, daß das Gericht die ganze Sache nicht so schnell unter einen Hut bringen kann wie es wohl wollte. (Zur Erklärung: Außer den Klägern aus der Wilster Marsch mit der Hamburger Prozeßgruppe - Rechtsanwalt Günnemann- ist auch Walter Soyka da, der ca. 260 Kläger vertritt - einige von ihnen sind persönlich da-, sowie einige Einzelkläger.)
Der Zeitplan geriet also in dieser ersten Woche ständig mehr in Verzug; die Richter aber schoben eine Diskussion über eine Fortsetzung des Termins immer wieder hinaus. Sie deuteten nur an, daß es am 10.10. weitergehen werde.
Wir stellten fest, daß bei der Befragung der Behördengutachter jede Menge offener Probleme und Widersprüche geblieben war. Das Gericht aber schien am meisten daran interessiert, sie nicht zur Kenntnis zu nehmen und mit der Verhandlung schnell weiterzukommen. Wir wollen aber Zeit haben, um das Material zu verarbeiten und gut begründete Beweisanträge stellen zu können.
Wir sind im Gegensatz zu den Behördengutachtern keine berufsmäßigen Gutachter; im Gegensatz zu den Anwälten und Vertretern der Gegenseite sind wir keine professionellen Lobbyisten. Wir sind Bürger mit verschiedenen Berufen, auch wir Wissenschaftler von der Prozeßgruppe. Es ist uns unmöglich, an den Abenden einer halben Woche das Material einer ganzen Woche aufzuarbeiten.

Da wir aber wissen, daß auch die Richter nicht in einer halben Woche mit diesem umfangreichen Material fertigwerden können, war für uns folgendes klar:
Entweder wollen sie nicht zur Kenntnis nehmen, wie viele Probleme noch ungeklärt sind und welches Interesse die Kläger an einer Aufklärung haben, und ein schnelles Urteil verkünden. Dann aber wissen wir nicht, warum wir weiter mitmachen sollen.
Oder sie sind wirklich an einer gründlichen Prüfung interessiert, dann müssen sie selbst aber einen kleinen Aufschub einlegen.

Ein Vorteil: die Vertagung. Gründlichkeit.

Am Donnerstag abend (4.10.) einigten wir, Kläger aus der Wilster Marsch und Prozeßgruppe Hamburg, uns darauf, einen Aufschub bis zum 17.10. zu verlangen. Falls die Richter dies nicht gewähren würden, wollten wir nicht länger an dem Verfahren teilnehmen.
Am Freitag morgen (5.10.) kam dann die mit Spannung erwartete Diskussion über die Fortsetzung der Verhandlung. Wir stellten unseren Standpunkt dar und verlangten Vertagung bis zum 17. Oktober. Die Gegenseite verlangte Fortsetzung der Verhandlung am (10.10). Auffällig war hier, wie überhaupt in dieser ganzen Woche, daß der Anwalt der KWU am entschiedensten auftrat. (Dabei ist nicht die KWU, sondern das Sozialministerium von Schleswig-Holstein die beklagte Partei.) Die Anwälte des Sozialministeriums beschränkten sich auf gelegentliche Einwürfe. Bei der Diskussion um die Fortsetzung der Verhandlung gaben sie sogar zu erkennen, daß sie gegen einen Aufschub nichts hätten. Tatsächlich scheint es große Interessengegensätze zu geben: Während das Land Schleswig –Holstein das brisante Thema Brokdorf nicht so schnell wieder aufwärmen will, befindet sich die KWU in größten Schwierigkeiten, wenn sie nicht schleunigst wieder neue AKW- Aufträge erhält:
Die Richter zogen sich, nachdem Bürgermeister Sachse, einer der Kläger, noch eine entschiedene Stellungnahme abgegeben hatte, zur Beratung zurück, und was wir selbst nicht zu verlangen gewagt hätten, wurde nun verkündet: Die Verhandlung wird sogar einige Wochen, nämlich bis zum 26, November, unterbrochen!
Dann soll es, nachdem in dieser Woche die Behördengutachter gehört worden sind, um das Thema Entsorgung gehen. Außerdem werden die Beweisanträge gestellt und die Plädoyers gehalten.
Alle AKW-Gegner sollten sich klarmachen: Wir könen



Brokdorf, November 1976

den jetzt erkämpften Vorteil nur dann ausnutzen, wenn in der nächsten Verhandlungsrunde wesentlich mehr Öffentlichkeit anwesend ist. Wir sind keine Stellvertreter vor Gericht! Die Vorkämpferrolle, die uns gegen unseren Willen in dieser Woche zugefallen ist, hat uns überfordert und auch deprimiert.
Wir fordern daher alle AKW-Gegner auf, in wesentlich größerer Anzahl am 26. und 27. November (sehr wahrscheinlich auch noch weitere Tage) beim Prozeß anwesend zu sein!

Der Bürgermeister: Teppich für den Kuhhandel.

Stellungnahme von Bürgermeister Sachse zur Vertagung des Prozesses (5.10.79)

Als Vertreter eines beschränkten öffentlichen Interesses schleppe ich die Unterlagen eines für das breite öffentliche Interesse recht interessanten Kuhhandels zwischen der Landesregierung und der Gemeinde Brokdorf (wobei der eigentlich beschämende Teil nicht der Gemeinde zukommt) seit fünf Tagen zwischen Wewelsfleth und Schleswig hin und her. Und gleich am ersten Tage mußte ich erfahren, daß der Vertreter dieses öffentlichen Interesses in diesem Verfahren stets im Sinne der Beklagten votiert und dabei mit entscheidet, wann, wo und ob wir überhaupt zu Wort kommen.
Seitdem bin ich echt irritiert: Darf ich hier noch für meine Gemeinde sprechen, die ich in zwei Urabstimmungen zu diesem Thema befragt habe, oder nur noch für meine zehn Gemeinderäte, oder gar nur für das Interesse, das das öffentliche Interesse, vertreten durch Herrn Dr. Busch, an mir hat?
Nun wird kurzfristig und überraschend das Verfahren wieder aufgenommen, was den Betreibern noch vor einigen Monaten nicht opportun erschien, just in einer manipulierten Ölkrise wie seinerzeit im Jahre 1973. In beiden Fällen fungierte die Ölkrise als psychologischer "Weichmacher".
Die Atomlobby in Regierung und Parteien prügelt fast täglich täglich in den Medien auf uns ein, daß wir die Nation um ihren Kernspaltofen bringen wollen und um die Arbeitsplätze drum herum. Da gibt es in letzter Minute einen faulen Kompromiß zur Entsorgung, und der Kanzler persönlich breitet ihnen einen Teppich, daß Sie trockenen Fußes ans Ziel kommen.
Da marschieren dieselben Gutachter auf, deren offensichtliche Parteinahme für die Betreiber uns aus vier Erörterungsterminen zur Genüge bekannt ist bis zum körperlichen Unwohlsein. Da wird nachgefragt, ob die Gutachter im Saal sind, wieviel Zeit sie noch haben, und am Ende werden sie ganz ungeniert von den Betreibern als Schützenhelfer beglückwünscht, wie ich gestern am Nebentisch beobachtete.
Da hat man viel Zeit für eine mündliche Korrektur der Klägerdaten und keine Zeit in der ursprünglich vorgesehenen Verhandlungsdauer für die Reaktorsicherheit und die Entsorgung. Da muß unser Rechtsanwalt mit seinen Sachbeiständen jede Nacht den Prozeßverlauf nacharbeiten, damit sie Ihren hochdatierten Experten Paroli bieten könen, was ihnen nach meiner Meinung in bewundernswürdiger Bravour gelungen ist.
Meine Herren Richter, Sie wissen doch am besten, welche

politische Bedeutung diesem Prozeß beigemessen wird, und können diese wichtige Entscheidung doch nicht wegen Terminschwierigkeiten aufs Spiel setzen!

Kläger Reimers: ... Schadstoffe demokratisch zu verteilen.

Albert Reimers, Kläger, erklärt:
Zum Verfahren vom 1. - 5. Oktober

Zum wiederholten Male wurde uns von seiten der Betreiber und den Vertretern des öffentlichen Interesses, den gleichen Gutachtern und gekauften Sachverständigen erzählt, daß nicht schädlich ist, was nicht schädlich sein darf. Wieder mußten wir erleben, daß die sogenannten politisch Verantwortlichen nicht inder Lage waren, ihre Entscheidungen vor Gericht deutlich darzustellen und zu rechtfertigen.
Ich meinerseits habe zum wiederholten Male meine Erkenntnisse bestätigt bekommen:
— Ein Wasserhaushaltsgesetz dient dazu, einen Einleiter von Schadstoffen vor einer möglichen Strafverfolgung zu schützen.

—Hohe Schornsteine dienen dazu, Schadstoffe demokratisch zu verteilen.
—Eine Strahlenschutzverordnung dient dazu, schädliche Radionuklide in die Umwelt abzulassen.
—Katastrophenpläne sind ein Alibi für Landräte und Ordnungsbehörden, weil es für Strahlengeschädigte keine Heilung gibt.
—Es gibt Verordnungen, mit denen man den Erzeugern von Grundnahrungsmitteln, die von Dritten mit behördlicher Genehmigung vergiftet worden sind, verbietet, ihre Erzeugnisse zu verkaufen.
—Es gibt TÜV-Sachverständige, die sich vorstellen können, daß ein KKW aufgegeben werden muß.
—TÜV-Sachverständige brauchen nur die Störfälle zu begutachten, die von der Behörde vorgeschrieben sind.

Auf meine Frage, ob die Sachverständigen den Mut hätten, eine Notkühlung praktisch vorzuführen, bekam ich keine Antwort.
Aus meinen Erfahrungen heraus bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß Fehlentwicklungen von den politisch Verantwortlichen nicht erkannt werden und auch keine Einsicht von dieser Seite zu erwarten ist.
Ein altes Sprichwort sagt: "Wer nich will dieken, de mus wieken." Früher war es so, daß, wenn der blanke Hans in die Marsch eingefallen war und sich dann wieder zurückgezogen hatte, die Überlebenden weiterexestieren konnten. Was uns heute von der Behörde und den Regierenden zugemutet wird, gleicht einer Selbstvernichtung. Es werden Dauerarbeitsplätze und Lebensgrundlagen mit Milliardenbeträgen der Steuerzahler einem Wachstumswahn geopfert. Aus diesem Grunde müßte jeder auf seine Art und Weise diesem Zerstörungswahn ein Ende bereiten. Auch geht es um die Zerstörung unserer Heimat, unserer Lebensgrundlage, die Ernährung der schon Vertriebenen und die Existenzgrundlagen unserer Kinder und Kindeskinder.
Es ist an der Zeit sich zu wehren.

Kontaktadressen:
Prozeßgruppe Brokdorf c/o
Paulsen, Arentsee
2211 Brokdorf, Tel. 04858)538

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU
Hamburg c/o Laden, Lutterothstr. 33, 2ooo Hamburg 19,
Tel. 040/402782

ÄRZTE GEGEN ATOMENERGIE

SUHLENDORF 13. November Die Ärztliche Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz Uelzen und Lüchow-Dannenberg möchte in einer Anzeige z.B. in der „Zeit" Stellung nehmen gegen die Atomenergie. In einem Aufruf vom September 79 ruft sie alle Ärzte der BRD auf, diese Anzeige zu unterschreiben. Zur Finanzierung bittet sie um Spenden auf das Konto 1111095 bei der Stadtsparkasse Uelzen. Auszüge aus dem Aufruf:
„Wir befürchten, daß unter dem Eindruck der sogenannten Energiekrise
— die Bürger durch den Verzicht von Ministerpräsident Albrecht auf das Nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben in Sicherheit gewiegt wurden, damit umso ungestörter die Vorbereitungen für dieses Projekt durchgeführt werden können, um es schließlich doch noch zu bauen,
— eine sichere Entsorgung des Atommülls nicht mehr als Vorbedingung für den Bau weiterer Kernkraftwerke angesehen wird,
— uns eine ungenügend sichere Lagerung des Atommülls in Salzstöcken als „Entsorgung" verkauft wird, ...
— dadurch ein Vorwand für den Bau einer großen Zahl weiterer Kernkraftwerke geschaffen wird ...
Wir fordern
— endlich die Kriterien, nach denen die Eignung oder Nichteignung eines Salzstockes entschieden werden soll, offenzulegen,
— die laufenden Vorbereitungen zu Tiefbohrungen in Gorleben zu stoppen ...
Wir fordern alle Bürger zu erhöhter Wachsamkeit auf!"

Kontakt: Ärztliche Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz, c/o Dr. Jörn Klose, 3111 Suhlendorf, Ot. Molbath 14, Tel. 05804/ 422.

VEREIN FÜR UMWELT UND ARBEITSSCHUTZ IN BREMEN GEGRÜNDET

Bremen, 2.10.79

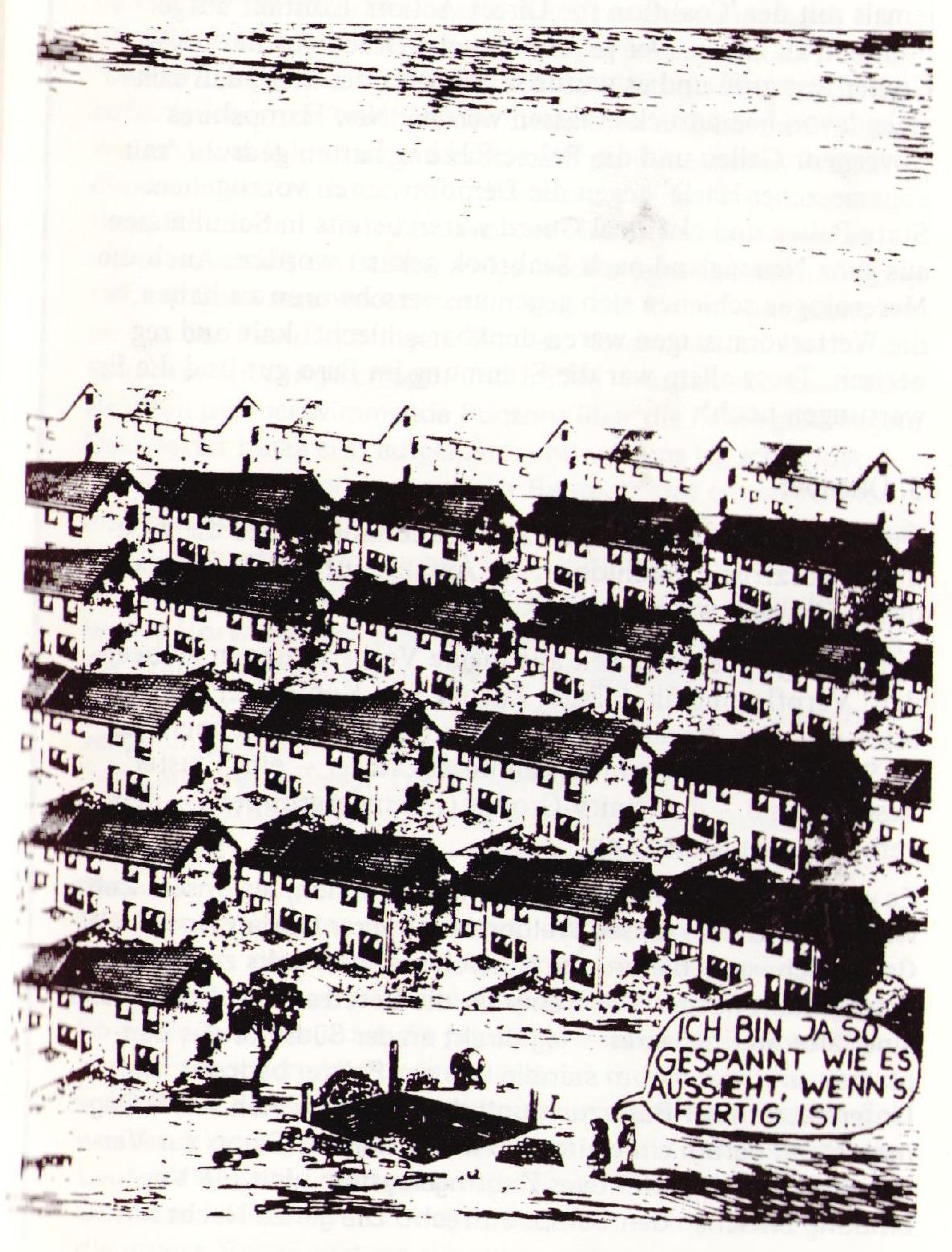
Durch Schlamperei blieb dieser Artikel bei uns über einen Monat unbearbeitet liegen, der Inhalt ist trotzdem noch aktuell genug und nach unserem Wissen haben andere Zeitungen darüber noch nicht berichtet.

Im April dieses Jahres wurde in Bremen der „Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA) e.V." gegründet. An seiner Gründung waren Biologen, Chemiker, Erzieher, Hausfrauen, kaufmännische Angestellte , Lehrer, Physiker und Theologen beteiligt. Die Idee zur Gründung war an der Universität Bremen in den Projekten „Weserwasser" und „Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Oberweser (SAIU)" entwickelt worden. Beide Projekte sind in der Öffentlichkeit durch Untersuchungen des Bremer Trinkwassers bzw. durch das Buch „Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie — 66 Erwiderungen" bekannt.

Wissenschaft für die Bürgerinitiativen unter Einbeziehung der Erfahrungen der Umweltbewegung — das ist das Ziel der Arbeit des VUA. Um dieses Ziel zu erreichen, hält der Verein bereits bestehende Kontakte zu Wissenschaftlern, Universitäten und an wissenschaftlichen Fragestellungen arbeitenden Gruppen aufrecht, versucht, Kontakte auch zu anderen Institutionen aufzubauen und macht deren Arbeitsergebnisse für die Bürgerinitiativen nutzbar. Wie so etwas aussehen soll, zeigt die kürzlich vom VUA herausgegebene **„Stellungnahme zur ‚Deutschen Risikostudie' der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS)."**

Das wichtigste Ziel des VUA ist jedoch der Aufbau und die anschließende Übernahme der Trägerschaft des „Bremer Arbeits- und Umweltschutz-Zentrums (BAUZ)."

Wir sind es leid, nach schweren Umweltverseuchungen von Industrie, Behörden und Politikern immer wieder zu hören: „Für die Bevölkerung bestand keine Gefahr". Wir werden selber Messungen durchführen oder durchführen lassen und anschließend beurteilen, ob Gefahr bestand. Und wir werden unsere Ergebnisse der Bevölkerung mitteilen, damit sie ehrliche Informationen erhält und nicht mehr durch Zwecklügen getäuscht wird.



Diese (zugegeben hochgesteckten) Ziele erfordern den Aufbau eines eigenen Zentrums mit hauptberuflichen Mitarbeitern. Dieses Zentrum soll nicht stellvertretend für die Bürgerinititiativen arbeiten, sondern im Gegenteil Instrument in ihrer Hand sein. Deshalb sind auch nicht nur wissenschaftlich vorgebildete Personen zur Mitarbeit aufgerufen, sondern alle, die ein Interesse an Fragestellungen des Arbeits- und Umweltschutzes haben. Selbstverständlich wird eine enge Zusammenarbeit mit ähnlichen Zentren und Bürgerinitiativen in der ganzen BRD angestrebt.

Die Aufgabenstellung für und die Kontrolle über das Zentrum soll ein „Wissenschaftlicher Beirat" leisten, der ehrenamtlich tätig ist. Er soll zur Hälfte aus Mitgliedern des VUA (dem weiter unten erwähnten Delegiertenrat) und zur anderen Hälfte aus direkt von den Bürgerinitiativen entsandten Delegierten bestehen.

Wenn wir von einem Mindestbeitrag von 5,- DM im Monat augehen, dann brauchen wir etwa 2.000 Mitglieder, um zwei Arbeitsplätze einrichten zu können. Da es schwierig sein wird, in kurzer Zeit soviele Mitglieder zu werben, haben sich viele der bisherigen Mitglieder zu einem höheren Beitragssatz verpflichtet. (Nach Anerkennung der Gemeinnützigkeit des Vereins sind diese Beiträge (und Spenden) selbstverständlich steuerlich absetzbar.) — Aber es bleibt bei einem Mindestbeitrag von 5,- DM im Monat, damit jeder in die Lage versetzt wird, Mitglied im VUA werden zu können.

Nach Aufbau des „Bremer Arbeits- und Umweltschutz--Zentrums" werden die Mitglieder des VUA regelmäßig über dessen neueste Arbeitsergebnisse unterrichtet. In der Satzung des „Vereins für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA) e.V." wurde sichergestellt, daß die Entscheidungsrechte der Mitglieder keine Einschränkung erfahren: sämtliche Entscheidungsbefugnisse liegen bei der Mitgliederversammlung. Der Vorstand hat lediglich verwaltungstechnische Aufgaben zu erfüllen; die Kassenprüfung führt ein Haushaltsaussschuß durch. Neben der Mitgliederversammlung, dem Vorstand und dem Haushaltsausschuß ist der Delegiertenrat das vierte und wichtigste Organ des Vereins. Er allein ist berechtigt, zwischen den Mitgliederversammlungen und im Rahmen ihrer Beschlüsse für den Verein Öffentlichkeitserklärungen abzugeben, die den Vereinszweck betreffen.

Selbstverständlich kommen wir zu jeder Bürgerinitiative oder Gruppe, die ausführlicher über dieses Projekt unterrichtet werden möchte.

Kontakt: Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA) e.V., c/o Eckardt-Michael Muschol., Manteuffelstraße 8, 2800 Bremen, Tel.: 0421/70 06 90.

Bankverbindung: Die Sparkasse in Bremen (BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 12 11 14 15

AKW-GEGNERSCHAFT UND KBW-MITGLIEDSCHAFT SIND KEIN KÜNDIGUNGSGRUND

MANNHEIM 12. November

Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 31. Mai 79 sind AKW-Gegnerschaft und die Kandidatur für den KBW (eine Partei, deren Ziel u.a. die Verhinderung von Kernkraftwerken ist) selbst dann kein Kündigungsgrund, wenn das beschäftigende Unternehmen ausschließlich mit dem Bau von Atomkraftwerken befaßt ist.

Ein Mannheimer Diplomvolkswirt war bei der Babcock Brown Bovery Reaktor GmbH in Mannheim beschäftigt. Diese BBC Reaktor GmbH plant, konstruiert und liefert Atomkraftwerke.

Im Frühjahr 1975 kandidierte er als Kandidat des KBW für die Gemeinderatswahlen in Mannheim; er war auch Kandidat für die Betriebsratswahlen. Nachdem eine erste Kündigung wegen des Kündigungsschutzes für Wahlbewerber für Betriebsratswahlen fehlschlug, wurde er am 18. November 1975 ordentlich gekündigt.

Das Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht in Mannheim wiesen die Kündigungsschutzklagen des Diplomvolkswirts ab. Das Landesarbeitsgericht führte hierbei aus:

„Die aktive Mitgliedschaft in einer und die nachhaltige Unterstützung für eine Partei, welche sich zum Ziel gesetzt hat, das Produkt des Unternehmens des Arbeitgebers zu verhindern und damit dem Betrieb die Existenzgrundlage zu entziehen, muß jedoch als Kündigungsgrund anerkannt werden."

Die Berufung des Klägers hatte Erfolg: das Bundesarbeitsgericht hob das Urteil des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg vom 24. März 1977 auf und gab der Kündigungsschutzklage statt. Es stellt fest:

„Die Mitgliedschaft des Klägers in oder die Betätigung zugunsten einer politischen Pantei, die sich aktiv für die Verhinderung des Baues von Kernkraftwerken einsetzt, reicht allein nicht zur Rechtfertigung einer Kündigung aus."

Kontakt: über Rechtsanwalt Stephan Baier, Karl-Ludwig-Str. 14, 6800 Mannheim 1.

SEABROOK : THE NUKES MUST GO AND NOT ME !

Seabrook Oktober 1979 *Der folgende Bericht von der versuchten Bauplatzbesetzung des Atomkraftwerks Seabrook erwähnt, daß zum ersten Mal in der Geschichte der US-amerikanischen Anti-Atomkraft-Bewegung eine „gewaltsame“ Besetzung geplant wurde. Bei anderen Besetzungsversuchen waren zum Beispiel Matten über den Stacheldraht geworfen worden, um auf den Platz zu gelangen, ohne den Zaun beschädigen zu müssen. Diesmal wurde die Beschädigung von Eigentum nicht nur in Kauf genommen, sondern öffentlich angekündigt (zu den Vorbereitungen siehe ID Nr. 299 und 300).*
Der Bericht zeigt aber auch, daß trotz dieser Neuerung die Aktion in der Tradition des gewaltfreien Widerstands stand. Die wochenlange öffentliche Vorbereitung, die bis ins Detail gehende Ankündigung dessen, was beabsichtigt war, die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt sowie die Organ isation in kleinen Gruppen, deren Mitglieder ebenfalls im Voraus genau wußten, was auf sie zu kommen würde, sind Bestandteile der bisherigen Tradition.

Am 6. Oktober wurde in Seabrock, USA ein Versuch unternommen, den Bauplatz des 2-blöckigen AKW's mit je 1150 Megawatt durch eine gewaltfreie Aktion zu besetzen. Erklärtes Ziel der Coalition for Direct Aktion in Seabrook war es den Weiterbau durch die Anwesenheit der AKW-Gegner direkt zu verhindern. Der Erfolg dieser Aktion sollte weder am symbolischen Gehalt, noch an den Pressereaktionen gemessen werden oder gar an der Anzahl Verhafteter. 'Direct Action' wird darum als ein Abschied vom 'zivilen Ungehorsam' und anderen symbolischen Protestformen gesehen und signalisiert eine neue Phase in der US-Anti-AKW-Bewegung.

4 Tage in Seabrook

4. Oktober

Müde und im wahrsten Sinne des Wortes gerädert von einer mehrtägigen Autotour von der West- zur Ostküste erreichte ich mit drei anderen AKW-Gegnern das Büro des Clamshell Boston (Anti-AKW-Organisation in Boston). Fieberhafte Spannung und Hektik war dort ausgebrochen, 4 Telefone schepperten ununterbrochen. Das relativ große Büro war gerammelt voll mit Leuten, die aus allen Teilen der USA in Boston eintrafen, Unterkunft suchten oder an den Vorbereitungs- und Nonviolence-trainings teilnahmen. Vor der Tür stapelten sich Kartons mit einer Ladung von 1500 Gasmasken. Von meinem ersten Besuch in Boston kannte ich viele 'Clams' (wie sich die Clamshell Leute nennen) und es war ein schönes Gefühl freudig empfangen zu werden, fast wie "zuhaus".

Ich wurde schnell über den letzten Stand der Neuigkeiten informiert: die Presseverleumdungen hinsichtlich Zielen und Vorgehen der 'Coalition for Direct Aktion' hatte sich in den letzten Wochen nicht wesentlich von denen zu Brockdorf-Zeiten unterschieden. Sogar liberal-demokratische Zeitungen, die sich ansonsten einen fortschrittlichen Anstrich geben, hatten in den Tenor eingestimmt, um der 'legalistischenFraktion' in der Clamshell Alliance (New Englands größter Anti-AKW-Organisation) den Rücken zu stärken ("Will the Militants blow it? "). Es wurde sogar ein angeblicher deutscher AKW-Gegner zitiert, der ein großes Fiasko und einen schweren Rückschlag für die nordamerikanische Anti-AKW-Bewegung 'wahrsagte', ohne jemals mit der 'Coalition for Direct Action' Kontakt aufgenommen zu haben. Der psychologische Druck auf die AKW-Gegner war groß und es wurde schon jetzt deutlich, daß sich viele davon beeindrucken lassen würden. New Hampshires Governeur Gallen und die Polizeiführung hatten gedroht 'mit angemessener Härte' gegen die Demonstranten vorzugehen. State-Police und National Guard waren bereits in Schulbussen aus ganz Neuengland nach Seabrook gekarrt worden. Auch die Meterologen schienen sich gegen uns verschworen zu haben, die Wettervoraussagen waren denkbar schlecht: kalt und regnerisch. Trotz allem war die Stimmung im Büro gut und die Erwartungen hoch!

5. Oktober

Um etwaigen Straßensperren zuvorzukommen hatte die 'Coalition' kurzfristig beschlossen die Anfahrt auf den Vorabend des 6. Oktober während der Rush-Hour vorzuverlegen.

Ich hatte gerade noch Zeit alle meine Vorbereitungen zu beenden: Verpflegung für 4 Tage, Zitrone und Kohlefilter gegen Mace und Gas, Regenkleidung und so weiter. Wir kennen das ja. So gegen 19 Uhr schloß sich unser Cluster – ein 'Cluster' besteht aus 3 – 4 Affinity-Groups (Freundesgruppen) – dem gemeinsamen Konvoy an.

Es war schon dunkel und es regnete erbärmlich, als unsere Zelte wie Pilze aus dem nassen Waldboden unserer beiden Anti-AKW-Camps schossen, die uns die Einwohner Seabrooks zur Verfügung gestellt hatten. Das Camp für die Besetzer – auf dem Land eines älteren Ehepaares – lag direkt an der Südseite des Bauplatzes und war darum ständig von der Polizei bedroht. Den Unterstützern der Besetzung und den ausländischen AKW-Gegnern stand darum ein weiteres 6 km entferntes Camp zur Verfügung. Ein recht effektives Zubringersystem hielt die Verbindung zwischen den Camps aufrecht. Die ganze Nacht hin-

Im Marschgebiet hatten wir einige Schwierigkeiten



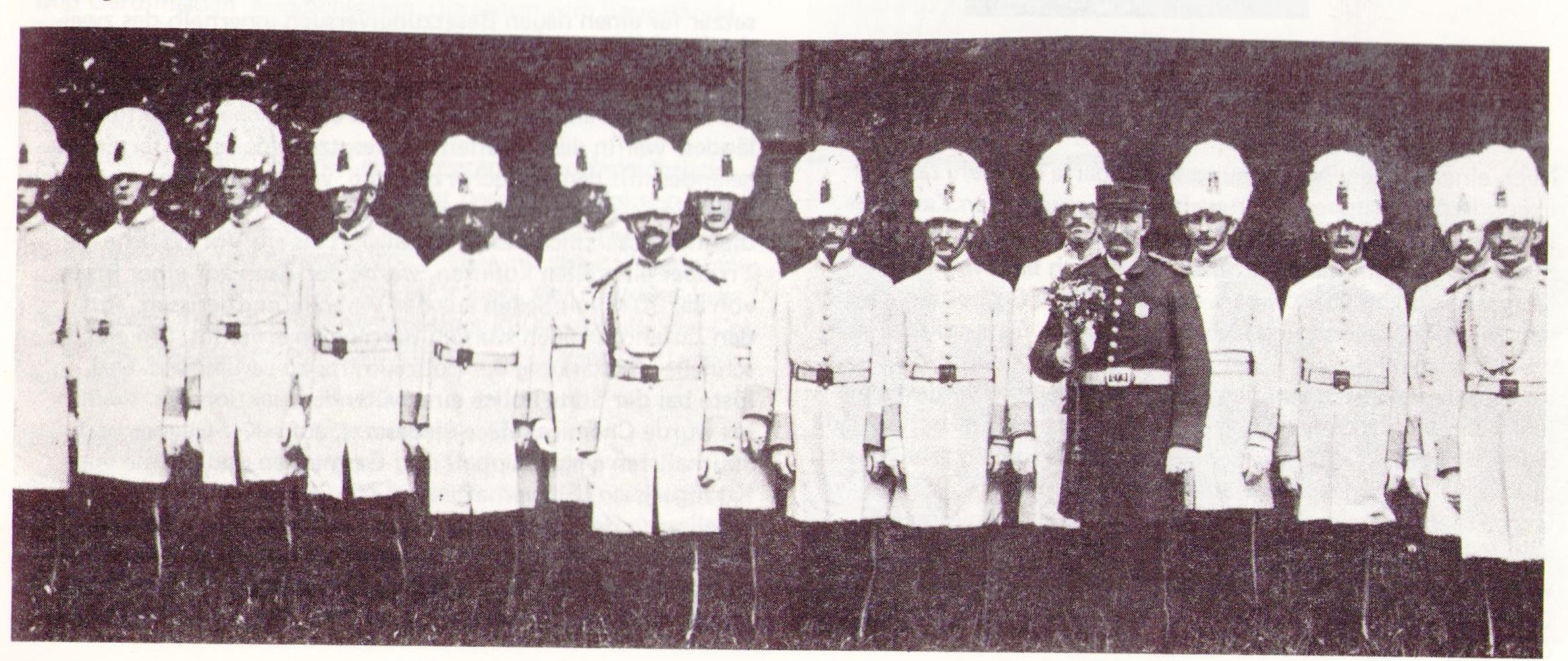
durch trafen AKW-Gegner ein, Informationscenter entstanden, Erste Hilfe und Rechtshilfegruppen errichteten ihre Zelte, die Verpflegungsgruppe mühte sich mit einer offenen Feuerstelle ab, und einzelne Gruppen trafen sich zu ersten Zusammenkünften. Kaum war ich endlich eingeschlafen – die Sonne war noch nicht aufgegangen –, da wurden wir schon mit dem Charme eines trompetenden Elefanten geweckt.

6.Oktober – Die Besetzungsaktionen beginnen

Es war unangenehm naß und kalt, aber der ständige Regen hatte endlich aufgehört. Entgegen meiner sonstigen Gewohnheiten war ich sofort hellwach. Kurz vor Sonnenaufgang brachen wir vom Besetzercamp aus zum Bauplatz auf. Unser 'Cluster' hatte vereinbart, sich mit der Südseite der Bauplatzbefestigungen zu 'beschäftigen'. Auf dem Weg dorthin mußten wir ein etwa 2 km langes Marschgelände mit etlichen Prielen durchqueren, da das Reaktorgelände auf einer Art Landzunge liegt. Durch den Vollmond war das Niedrigwasser höher als erwartet, sodaß der schwammige Boden teilweise noch knöcheltief mit Seewasser bedeckt war. Aber das konnte uns nicht weiter aus der Fassung bringen. Bretter, Türen, Autoschläuche und Seile wurden mitgeschleppt und im Nu wurden abenteuerliche Brücken und schwimmende Pontons über die Priele geschlagen. Das Wetter hatte sich aufgeklärt, und vor uns lag scheinbar friedlich in der Morgensonne der Bauplatz mit seinen Kränen und Stahlkonstruktionen. Aber die friedliche Stimmung täuschte. Die Marsch rundherum ist Eigentum der Kernenergiebetreiber, d.h. wir befanden uns bereits auf 'privatem Gelände', ein legaler Vorwand, der gegebenenfalls genügt hätte, um uns von der Polizei festnehmen zu lassen. Auf dem schmalen Trockengelände vor dem Zaun angelangt, wurde sofort eine Sprecherversammlung aller Gruppen einberufen, um eine Strategie 'am Zaun' festzulegen. Die Anzahl der AKW-Gegner war nicht gerade ein Anlaß zur Euphorie: ich schätzte höchstens 3 500 Teilnehmer. Aber es galt das Beste aus dieser Situation zu machen.
Die Besetzer hatten sich geeinigt, das Gelände von vielen Seiten zugleich zu erstürmen. Angesichts der geringen Teilnehmerzahl wurde sich auf die Nord- und Südabschnitte konzentriert. So gegen 8 Uhr wurden die letzten Vorbereitungen getroffen. Viele 'Freundschaftsgruppen' hatten sich in kleinen Kreisen aufgestellt, die Arme gegenseitig über die Schultern gelegt. Es wurden Lieder gesungen, sich gegenseitig Mut gemacht. Einige Leute hatten eine Art indianische Kriegstanzmusik angestimmt. Über uns kreisten, wie zornige Hornissen, einige Hubschrauber, die unsere Verständigung ein wenig mühsam gestalteten.

Am Zaun, einer relativ einfachen 2,50 m hohen Maschendrahtkonstruktion, war noch alles ruhig. Dahinter, abwartend, in Abständen von 5 bis 10 m, State Police, bewaffnet mit blitzblanken Revolvern in hellbraunen Lederhalftern – als wärs der Wyatt Earp Fan Club –, Hunden Holzknüppeln (ca. 3 cm Durchmesser und 90 cm lang) und Chemical Mace.
Plötzlich war alles in Bewegung. Mit Kneifzangen, Bolzenschneidern und Seilen versuchten die AKW-Gegner den Zaun zu bewältigen. Die Polizei antwortete mit einem wilden Chemical Mace Gesprühe, das seine Wirksamkeit nicht verfehlte, da viele AKW-Gegner aufgrund ihrer gewaltfreien Einstellung auf die 'aggressiv aussehenden' Gasmasken und Brillen verzichtet hatten. Immer wieder versuchten Polizisten die Besetzer mit auf den Unterleib gezielten Knüppelschlägen durch den Zaun hindurch zu verletzen. Trotzdem gelang es in mehreren Abschnitten Löcher in den Zaun zu schneiden oder den Zaun mit Seilen aus der Verankerung zu reißen. Die State Police war jedoch gut vorbereitet. Während die Besetzer über ihren Erfolg erstaunt und etwas ratlos dastanden, stürmten aus der Zaunlücke eine größere Anzahl Polizisten, um diese Stelle zu schützen. Hochdruckwasserwerfer und Tränengas wurden eingesetzt. Letzteres entpuppte sich jedoch als Bumerang und veranlaßte ungeschützte Polizeioffiziere und Bauarbeiter hinter dem Zaun sich hektisch auf sichere 'Zuschauerplätze' zurückzuziehen. AKW-Gegner wurden teilweise aus weniger als einem halben Meter Entfernung Chemical Mace direkt in die Augen gesprüht. Wir hatten viel zu tun, um ihnen die stechende Flüssigkeit aus den Augen zu waschen. Ich konnte es kaum glauben, wie uninformiert und sorglos sie insbesondere über die möglichen langfristigen Schäden waren.
Es wurde offensichtlich, daß die Polizei diesmal auf Massenverhaftungen verzichtete. Offenbar hatte sie aus den Schwierigkeiten des Vorjahres (über 1 000 Verhaftete) gelernt. Obwohl es zu harten Knüppel- und Mace-Einsätzen gegen die völlig gewaltfreien AKW-Gegner kam – und auch gegen Journalisten und Kameraleute –, hatte ich den Eindruck, daß es die State Police nicht zum Äußersten komme ließ und schlimmere Ausschreitungen a la Brokdorf/Grohnde vermied. Überhaupt war das Verhältnis zwischen Polizei und der durch Gewaltfreiheit geprägten US-Anti-AKW-Bewegung bisher (noch?) merklich entspannter als bei uns in der BRD.
Ohne Zweifel hatte die bei dieser Aktion zutagetretende Polizeibrutalität eine teils schockierende, teils desillusionierende Wirkung auf die amerikanischen AKW-Gegner. Einzelne Freundschaftsgruppen zogen sich zurück, da sie nicht mit der Zerstörung des Zauns und den sich dabei ergebenden Auseinandersetzungen mit der Polizei einverstanden waren. Erstaunlich, da doch die Pläne der Besetzung seit langem bekannt wa-

Die Gegenseite



ren. Andere wiederum versuchten den grimmig dreinschauenden Troopers eine Lektion über die Gefahren der Atomenergie zu geben. Die altbekannten Lieder der Civil Rights Bewegung wurden laut: 'We shall overcome','Amazing Grace','Oh when the saints'. Sie kamen mir jedoch eher wie eine ratlose Geste auf das sich offenbarende wahre Gesicht des Atom-Polizeistaates vor.



Einige hatten indianische Kriegsbemalung angelegt.

Nach einer kurzen Besprechung vereinbarte die Mehrzahl der Freundschaftsgruppen einen weiteren Versuch , den Zaun zu stürmen. Zum Schutz gegen Chemical Mace wurden große Plastikbahnen am Zaun entfaltet, die jedoch bald von Polizeiknüppeln durchlöchert waren. Aber die AKW-Gegner am Zaun hatten schnell gelernt und sich diesmal durch Gasmasken – teilweise kunstvoll bemalt – geschützt. Durch Ablenkungsmanöver sollten die Polizisten von den Schwerpunkten der Aktion abgelenkt werden. In dieser Phase offenbarte sich eine entscheidende Schwäche der AKW-Gegner. Die einzelnen Gruppen arbeiteteten relativ isoliert, eine gemeinsame,zeitlich abgestimmte Strategie wurde nicht verfolgt. Eine Koordination war kaum möglich, weil kein funktionierendes Informationssystem – Walky Talkies waren so gut wie nicht vorhanden – bestand. So wußte manche Gruppe letzten Endes nicht mehr, ob sie nun eine Entlastungs- oder einen Hauptstoß durchführte.

Diese zweite Welle wurde dann auch von der State Police, die inzwischen ihre Identifikationsnummern von den Uniformen entfernt hatte, noch müheloser als zuvor zurückgeschlagen. Während kurzer schneller Polizeiausfälle wurden Rucksäcke und Ausrüstungsgegenstände der AKW-Gegner gestohlen, vereinzelt Gasmasken, Helme und Brillen von den Köpfen gerissen und konfisziert. Durch die beobachtenden Hubschrauber waren die etwa 500 State Police und National Guard, wer weiß wieviel noch einsatzbereit standen , jederzeit Herr der Lage.
Ein Großteil der Unterstützer verließ am späten Vormittag die Marsch, bevor das Hochwasser einsetzte, da danach die Rückkehr für einige Stunden fast unmöglich war. Die verbleibenden ca. 1 000 AKW-Gegner einigten sich auf eine Unterbrechung der Aktion, um die neue Lage zu beraten. Eine neue Sprecherversammlung wurde einberufen. Die angespannte Stimmung lokkerte sich, und viele nutzten die Gelegenheit, um in der Mittagssonne ein paar Takte zu schlafen. Die Flut hatte uns vor dem Zaun lediglich einen Streifen von ca. 40 m gelassen. Ich fühlte mich in dieser Lage ziemlich unwohl, da uns alle Fluchtwege abgeschnitten waren. Von Motorbooten aus hatte die Polizei die Pontonschläuche zerschnitten. Massenverhaftungen wären ein leichtes Spiel gewesen!
Trotz alledem war die Stimmung in unserem 'Cluster' unheimlich gut. Innerhalb weniger Minuten wurden 170 Dollar gespendet, um für die folgenden Tage mehr und bessere technische Ausrüstungsgegenstände zu kaufen. Die Entschlossenheit zum praktischen Widerstand schien eher gewachsen zu sein. Als die Beratung der Sprecher nach einer scheinbar endlosen Zeit abgeschlossen wurde, wurde klar, daß an diesem Tag keine weitere Aktion gegen den Bauplatz mehr zustande kommen konnte. Es wurde jedoch beschlossen, die Belagerung bis zum Sonnenuntergang fortzusetzen. Bevor wir die Marsch verliessen, wurde noch einmal in einer gemeinsamen Aktion am Zaun eine Menschenkette geformt und Anti-AKW-Lieder gesungen.

Zurück im Besetzercamp wartete warmes Essen... und eine Flut von an die 400 Journalisten und Kameraleute auf uns. Eine heftige Diskussion entspannte sich um Strategie und Taktik für den nächsten Tag. Da viele Leute jedoch schon mehrere Nächte nicht geschlafen hatten und völlig erschöpft und naß waren, wurde die entscheidende Sprecherberatung auf den folgenden Morgen vertagt. Inzwischen trafen aus Boston spontan gespendete Kleider und Lebensmittel ein. Außerdem wurde bekannt, daß Unterstützer der Aktion den ganzen Tag vor dem Haupteingang demonstriert hatten.

7.Oktober – Hey, no nukes! rief der Typ der National Guard

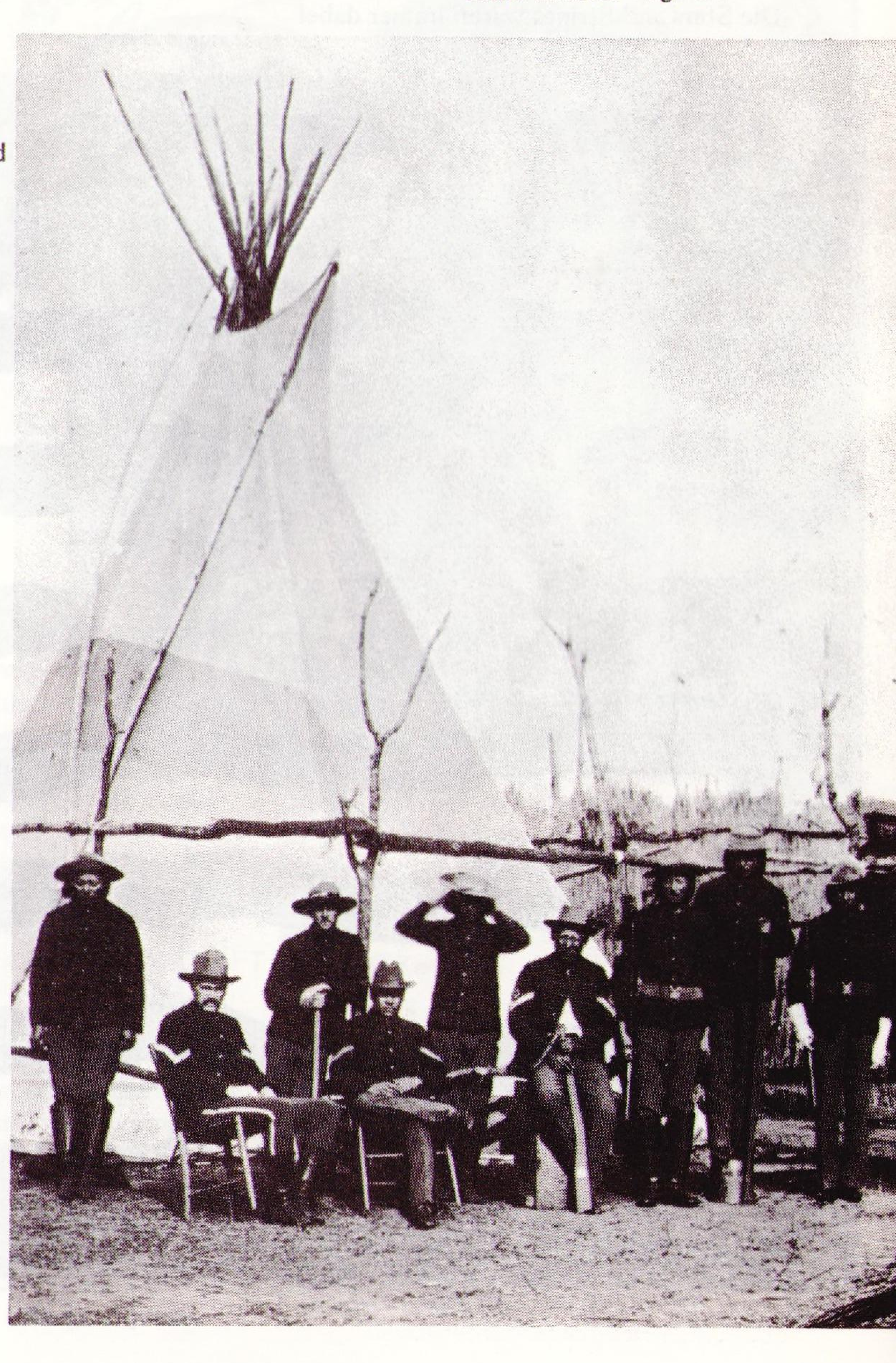
Nach einer langen Sprecherberatung wurde am nächsten Tag endlich bekannt, daß sich die überwiegende Mehrzahl der Besetzer für einen neuen Besetzungsversuch innerhalb des zweiten Abschnitts ausgesprochen hatte, da dort weniger Widerstand erwartet wurde. Im Gegensatz zum ersten Abschnitt der Aktionsplanung (Besetzung des eigentlichen Reaktorgeländes) war in dem zweiten die Besetzung des erweiterten Baugeländes mit dem Besucherzentrum vorgesehen. Der Anmarsch über die Schienenstränge und der Sturm auf den Zaun waren diesmal wesendlich besser organisiert als am Vortag. Ehe die Trooper eingreifen konnten, wurde der Zaun auf einer Breite von ca. 50 m mit Seilen aus der Verankerung gerissen. Auf den Zufahrtsstraßen wurden Barrikaden errichtet, um eine schnelle Verstärkung der Polizeikräfte zu verhindern. Das löste bei der State Police eine wütende Reaktion aus. Wahllos wurde Chemical Mace eingesetzt, auf AKW-Gegner und Journalisten eingeknüppelt und Gasmasken und Helme vom Kopf gerissen. Ein verhafteter AKW-Gegner wurde mit Handschellen an den Zaun gekettet. Als er etwas zu uns herüberrief, zielte ein offenbar durchgedrehter Bulle mit dem Schlagstock auf seine Zähne und drohte: "Noch ein Wort und ich ramm dir das in den Hals!"

Die State Police scheute sich angesichts der wenigen tausend Demonstranten nicht, das Gelände gegebenenfalls mit allen Mitteln zu verteidigen. Schon nach relativ kurzer Zeit mußte der Besetzungsversuch aufgegeben werden. Die AKW-Gegner zogen sich schnell,aber relativ geordnet zurück. Im Rücken die immer aggressiver knüppelnden Trooper, die uns über den Schienenstrang zurückdrängten. Es gab viele Verletzte (mehrere mußten in diesen Tagen im Krankenhaus behandelt werden), Reportern wurden Kameras aus der Hand geschlagen und Filme vernichtet. Einzelne Polizisten drangen in das auf Privatgelände liegende Besetzercamp ein, durchsuchten und zerstörten Zelte, zerrten Rucksäcke davon und drohten AKW–Gegner festzunehmen. Angesichts dieser Situation entschlossen wir uns, eine Protestdemonstration durch Seabrook zum Haupteingang des AKW-Geländes zu machen, wo AKW-Gegner schon seit zwei Tagen demonstrierten. Die anfangs etwas beklommene Stimmung wich sehr schnell, als uns viele Einheimische in Seabrook einen herzlichen Empfang bereiteten. Aus vorbeifahrenden Autos wurden uns Zeichen der Sympathie entgegengebracht, nach oben gerichtete Daumen, geballte Fäuste und ohrenbetäubende Hupkonzerte. Einmal mehr wurde mir deutlich, wie abhängig die Anti-AKW-Bewegung von der Masse der Bevölkerung ist.
Haupteingang und die dort befindliche Durchgangsstraße wurden durch ein Sit–In blockiert. Die Polizei gab sich inzwischen kaum noch Mühe, ihre Aggressionen gegen die gewaltfreien AKW-Gegner zu bemänteln. Unter den Augen der Einwohner Seabrooks wurden Chemical Mace, Tränengas, Wasserwerfer und Rauchbomben eingesetzt. Aber das tat der Belagerung keinen Abbruch. Sprechchöre erschollen: "The whole world is watching!" Die Wasserwerfer konnten die Belagerer nicht mehr beeindrucken, sie erzeugten eher eine allgemeine Heiterkeit. Frustriert mußten die Polizisten mit dem leeren Tank wieder abziehen. Eine ganze Reihe von Besetzern entschloß sich, die Belagerung auch während der Nacht weiterzuführen. Einige hatten sich angekettet, darunter auch AKW-Gegner um die 60 Jahre jung! Ein Info-System und Busse sorgten dafür, daß innerhalb kurzer Zeit aus dem Anti-AKW-Camp Verstärkung herbeigeschafft werden konnte.
In dieser Nacht versuchten sich einige Freundschaftsgruppen in einer Art Guerilla-Taktik, über deren Erfolg man verschiedener Meinung sein kann. Auf jeden Fall konnte man am nächsten Morgen im Camp einige Meter Zaun bestaunen.
Das Besetzer -Camp wurde diese Nacht durch Polizei-Patroullien besonders scharf bewacht , und wir mußten jederzeit mit einem Überfall rechnen. Daher entschlossen wir uns ebenfalls Wachen aufzustellen, die den Polizeipatroullien unaufgefordert Gesellschaft leisteten.
Die Szenerie in dem Camp erinnerte mich eher an ein Gefangenenlager. Von zwei Seiten war es von ca. 3 m hohen Schutt- und Geröllhalden eingeschlossen, die schon zum Baugelände gehörten. Oben Polizeipatroullien mit Hunden und hohe Wachtürme. Überall waren Scheinwerfer angebracht, teilweise waren sie direkt auf das Lager gerichtet und hüllten Bäume und Zelte in ein gleissendes Licht.
Unter den National Guard-Leuten waren aber offensichtlich auch einige, die über ihren Job nicht besonders glücklich waren. So kam es schon mal vor, daß sie sich nachts, sofern sie sich allein glaubten, uns näherten und: "Hey, no nukes!" zuriefen. Ich glaubte meinen Ohren nicht zu trauen. War das etwa einer der Gründe, die den Kernkraftbetreiber PSCO (sprich: Piss-Co) bewogen, den Journalisten den Zutritt zum Bauplatz zu verweigern?

8.Oktober

Für den heutigen Tag war eine legale Demonstration vor dem Haupteingang angesagt. Die Anzahl der AKW-Gegner war auf etwa 1 000 bis 1 500 zusammengeschrumpft. Aber die Stimmung war im allgemeinen nach wie vor gut. Die Sitzblockade des Eingangs dauerte an. Protestschilder wurden auf und ab getragen, Anti-AKW-Lieder gesungen ('The nukes must go and not me'), Straßentheatergruppen traten auf. Sprechchöre : 'Shut them down..no nukes!', Banjos und Fiddles ließen Bluegras erklingen. Zwischendurch wurde sich immer wieder auf den Zaun konzentriert und Hunderte von AKW-Gegnern stimmten in ein durchdringendes minutenlanges : "Ohmmmmmm..." ein, als konnten sie Polizei, Zaun und Bauplatz damit in Grund und Boden summen. Aber leider fehlten DIE POSAUNEN VON JERICHO!!!
Vor dem Eingang auf einem Podest eine Art lebendes Denkmal des praktischen Widerstands: eine AKW-Gegnerin schwenkte die unvermeidliche , große Stars and Stripes Flagge, daneben, unbeweglich wie die Freiheitsstatue ein AKW-Gegner, unter dem Arm eine Gasmaske und in der hocherhobenen Hand einen Seitenschneider. Später Ansprachen und Solidaritätsadressen (leider nicht aus der BRD). Dieser Tag ähnelte mehr den traditionellen Aktionsformen der Bürgerrechtsbewegung. Bis auf einen plötzlichen Chemical Mace-Überfall auf eine Gruppe von Besetzern vor dem Nordtor hielt sich die State Police mit Provokationen zurück. Die Seabrook Police, die sich uns gegenüber außergewöhnlich kooperativ zeigte, hatte sich Übergriffe der State Police auf 'ihr Territorium' verbeten.
Mittlerweile wurde bekannt, daß sich die Anzahl der in den letzten Tagen Verhafteten auf ca. 17 erhöht hatte.
Angesichts der dahinschwindenden Zahl von AKW-Gegnern und

Eines unserer Wigwams



zur Vermeidung von Auseinandersetzungen mit den am nächsten Tag erwarteten 3 800 Bauarbeitern wurde noch am selben Abend beschlossen, die 'Direct Action' gegen den Bauplatz zu beenden und im nächsten Frühjahr mit einer größeren Anzahl von AKW-Gegnern zu weiteren Aktionen nach Seabrook zurückzukehren.

9.Oktober

Um die 150 AKW-Gegner versammelten sich vor dem Gerichtsgebäude im 11 km entfernten Hampton zu einer Solidaritätskundgebung und forderten lautstark die sofortige Freilassung aller gefangenen AKW-Gegner. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Gefangenen es abgelehnt, auf irgend eine Weise mit der Polizei oder dem Untersuchungsrichter zusammenzuarbeiten oder gegen eine Kaution von ca. 200 DM freigelassen zu werden. Als Personalien hatten sie alle 'Jane' oder 'John Doe' angegeben — ein ebenso seltener Name wie bei uns Schmidt oder Meier.

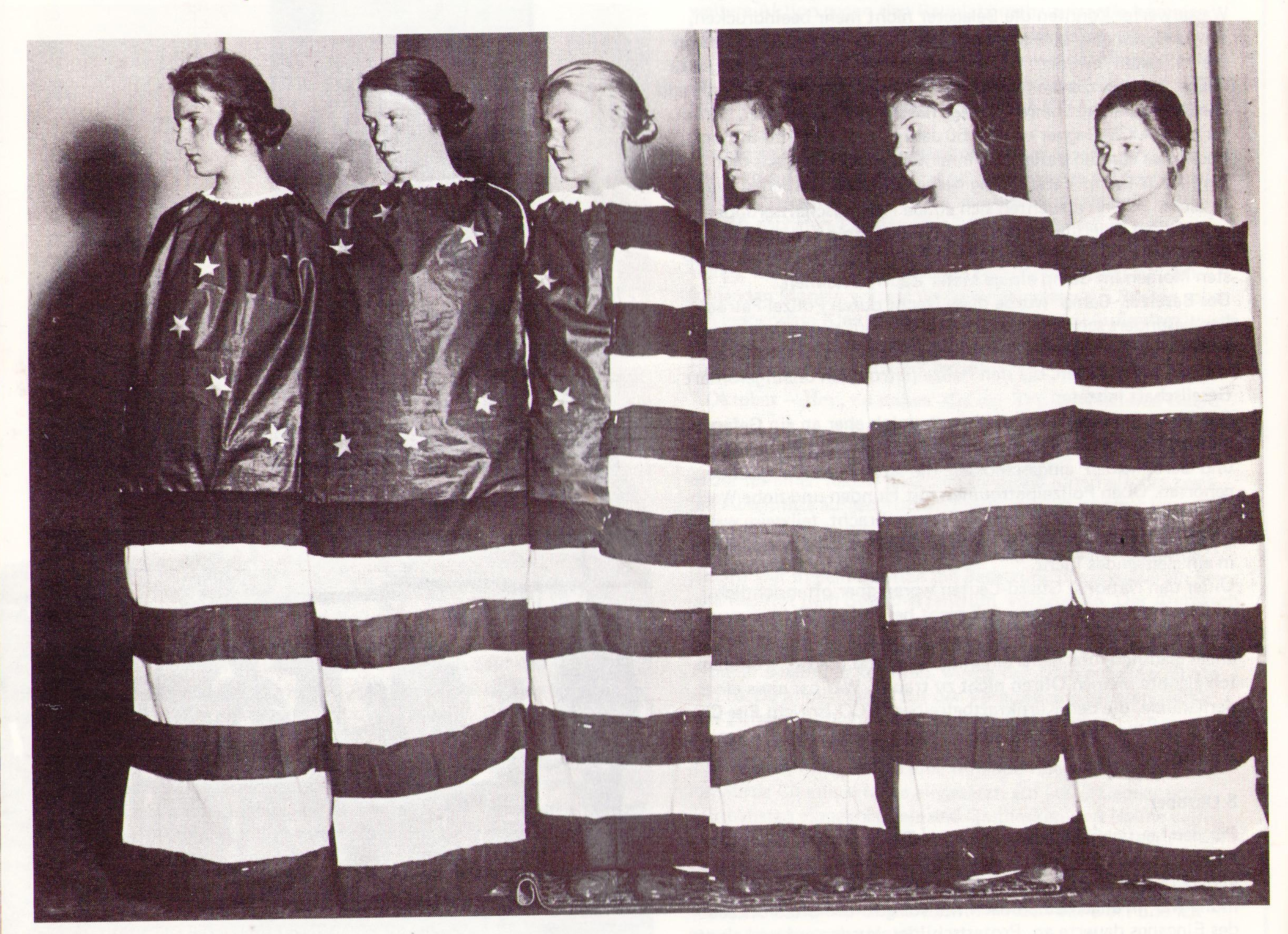
Als im Gerichtsgebäude die erste Vorführung von 8 AKW-Gegnern vor dem Untersuchungsrichter stattfinden sollte, wurde im überfüllten Zuschauerraum und vor der Tür Protest laut. Der Untersuchungsrichter fühlte sich daraufhin in seiner Ruhe gestört und ordnete an, die Gefangenen zu einem anderen, nicht bekannten Gefängnis transportieren zu lassen. Um dies zu verhindern, wurde der Gefängniswagen durch eine Sitzblockade an der Abfahrt gehindert. Im Verlauf der daraufhin einsetzenden Auseinandersetzungen mit der State Police wurden mehrere Demonstranten mißhandelt, verhaftet und ein weiterer AKW-Gegner vom Gefängniswagen mitgeschleift und verletzt. Letzten Endes konnte der Abtransport jedoch nicht verhindert werden.

Während der mehrtätigen Gefängnisaufenthalte wurden die Gefangenen in Isolationshaft gehalten. Kontakte mit den Anwälten wurden ihnen teilweise erst am zweiten Tag gestattet. Mehrere AKW-Gegner wurden gezwungen, die erste Nacht bei Temparaturen um den Gefrierpunkt unter Bewachung im Freien zu verbringen. Drei Gefangene traten daraufhin in einen befristeten Hungerstreik. Nach einigen Tagen einigte sich die Mehrzahl der mittlerweile 21 Gefangenen darauf, ihre Personalien anzugeben und gegen Stellung einer Kaution freigelassen zu werden. Noch während der ganzen Woche wurden in Seabrook Flugblätter an die Bevölkerung und die Arbeiter verteilt.

Erfahrungen aus Seabrook

Obwohl das Ziel der direkten Aktion, den Bau des AKWs längerfristig zu verhindern, nicht erreicht wurde, wird die Aktion von der Mehrzahl der Teilnehmer als ein Erfolg bewertet. Drei Tage lang wurde der Weiterbau verhindert, die Kosten für die Ver-
der Mehrzahl der Teilnehmer als ein Erfolg bewertet. Drei Tage

Die Stars and Stripes waren immer dabei



lang wurde der Weiterbau verhindert, die Kosten für die Verteidigung des Bauplatzes während dieser Zeit sollen sich nach Polizeiangaben auf mehrere 100 000 Dollar belaufen – eine realistische Schätzung hat über 1 Million Dollar ergeben. Fast eine Woche lang behauptete die 'Rag Tag – Anti–Nuclear–Army', wie die Besetzer von den Journalisten getauft wurden, die Titelseiten der Presse, Fernsehen und Rundfunk. Zum Vergleich: die 200 000 AKW-Gegner in New York City waren kaum eine Schlagzeile wert! Die Berichte waren in der Regel relativ positiv, nicht zuletzt deshalb weil Journalisten persönlich durch Polizeiwillkür betroffen waren.
Wesentlicher war jedoch die Erfahrung, die die AKW-Gegner in zwei Tagen praktischen Widerstands sammelten, und die heftige Diskussion, die seither in weiten Teilen der schnell wachsenden Bewegung um den Begriff 'Direct Action' geführt wird.
Trotz vieler Fehler und Mängel, die die Seabrook-Aktion aufwies, hat sich gezeigt: praktischer Widerstand ist auch hier in den USA möglich. Und diese Erkenntnis wurde von den Teilnehmern der Aktion in alle Teile der Vereinigten Staaten getragen. 'Direct Action' wurde bereits von mehreren Organisationen angekündigt, z.B. gegen die AKWs in Diablo Canyon(California) und Comanche Peak(Texas).

Der Atom-Polizeistaat hierzulande wurde zum ersten Mal deutlich bloßgestellt, und das ist für sich schon ein Erfolg. Es bleibt jedoch zu hoffen, daß sich der praktische Widerstand nicht am Zaun erschöpft und vor allem daß der Atomstaat nicht dort angegriffen wird, wo er am stärksten ist. Fantasie an die Macht!
Die größten Mängel sah ich in der taktischen Koordination der Besetzer und in den allzulang andauernden Entscheidungsprozessen. Auch wird die Frage nach der Gewaltlosigkeit, oder zumindest wie weit diese zu bemessen sei – und damit verbunden die Rolle der Polizei – der Einheit willen neu diskutiert werden müssen. Eines ist wohl schon jetzt abzusehen: Seabrook wird in den USA zu einer umstrittenen Legende werden wie Brokdorf in der BRD."

Kontakt: Coalition for Direct Action in Seabrook
c/o Boston Clamshell, 595 Massachusetts Avc, Cambridge/ Mass. 02139, USA

NUKLEEL ? NANN TRUGAREZ
Bretonisch: Atomkraft .....

Büdingen 1.November Auffallend oft bekamen wir in unserem diesjährigen Herbsturlaub, ca. 1 400 km südwestlich von zuhause, dieses Bekenntnis zu sehen.
Wir, das sind meine Frau und ich, beide über sechzig; Schauplatz der häufigen Begegnungen war Frankreichs urwüchsige Bretagne, insbesondere die Küstenstreifen vom Mont St.Michel im Norden(Kanalküste) bis hinunter zur Loiremündung bei Nantes im Westen (Atlantik). Zuhause, das heißt Büdingen, das liebenswerte, mittelalterliche Städtchen am Fuße des Vogelsbergs in Hessen..
Viele ortsfest angebrachte Schrifttafeln beiderseits des Weges signalisierten allenthalben eindringlich die nahezu einhellige Abneigung der einheimischen Bevölkerung gegen die geplante Errichtung weiterer Kernkraftwerke.
Insbesondere im Department Finistere auf der Strecke von Audierne zur Pointe du Raz, dem westlichsten Zipfel des franz ösischen Festlandes, links und rechts der Landstr. D 784 beeindruckten Inschriften wie "SOCIETE NUCLEAIRE = SOCIETE SUICIDAIRE" (Atomgesellschaft = Selbstmordgesellschaft) oder "SI TU DIS OUI AU NUCLEAIRE , PREPARE TON CERCUEIL"(Richte Deinen Sarg, wenn Du für die Atomkraft bist), um nur einige zu nennen.
Der massive Protest dort richtet sich gegen die Absicht der 'EDF' (Electricité de France = Elekt rizitätsgesellschaft von Frankreich), am CAP FINISTERE mit Atomkraft elektrischen Strom zu erzeugen. Der vorgesehene Standort der künftigen Anlage wurde offensichtlich deshalb gewählt, weil im Katastrophenfalle das dann verseuchte Gebiet mit relativ geringem Aufwand 'dicht' gemacht werden kann. Nach Norden und Südwesten bildet die Steilküste ein praktisch unüberwindliches natürliches Hindernis, und im Landesinnern genügt ein Kordon von Polizei und Militär, um die betroffene Bevölkerung, notfalls mit Waffengewalt am unkontrollierten und unerwünschten Verlassen des Katastrophengebietes zu hindern.
Unter dem Motto 'NUCLEAIRE - NI A PLOGOFF, NI AILLEURS' (ATOMKRAFT WEDER BEI PLOGOFF, NOCH ANDERSWO) haben sich verschiedene örtliche Bürgerinitiativen zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die zur Enteignung in Aussicht genommenen Flächen wurden in Parzellen von je 100 Quadratmetern aufgeteilt und von den Mitgliedern der Aktionsgemeinschaft zu Eigentum erworben. Damit will man erreichen, daß wegen der Vielzahl der neuen Eigentümer das Enteignungsverfahren in sämtlichen Instanzen sehr viel Zeit erfordert. Die Aktions- bzw. Eigentümergemeinschaft der AKW-Gegner von Cap Finisterre betreibt auf dem von ihnen rechtmäßig erworbenen Gelände seit etwa einem Jahr eine Schafzucht.
Die Gruppe von PLOGOFF, deren Vertreter wir kennenlernten, steht bereits in Verbindung mit Gesinnungsfreunden in anderen, hauptsächlich nordeuropäischen Ländern und AKW–Gegenern in den USA und Kanada.
G e s u c h t wird noch die Möglichkeit eines adäquaten Kontaktes zu d e u t s c h e n Interessengemeinschaften gleicher Zielsetzung, um der Bewegung auch international eine stabile Basis zu schaffen. Zuschriften (auch auf Deutsch) an folgende Kontaktadresse:

Annemarie u. Roger Tanneau
Chemin de Kerrien
F 29144 PLOZEVET/FINISTERRE.

Postvertriebsstück Nr. 308 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

INHALTSVERZEICHNIS

Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding

Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr



Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben.

Ich will unbedingt Euer Blatt haben und zwar
12 Hefte für DM 30,–
24 Hefte für DM 60,–
48 Hefte für DM 120,–

Bei Preiskorrekturen verlängert sich der Bezugszeitraum entsprechend.

Das Geld habe ich überwiesen auf das Postscheckkonto 525228 – 602 (BLZ 500 100 60) Postscheckamt Frankfurt/Main

Name ....
Straße ....
Wohnort ....
Unterschrift ....

Bitte angeben:
☐ Neuabo
☐ Patenschaftsabo für Gefangene
☐ Abo-Verlängerung
☐ Geschenkabo